

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

35. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 27. August 1982

Nummer 68

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2053	26. 7. 1982	RdErl. d. Innenministers Schießausbildung in der Polizei	1390
20531	28. 7. 1982	RdErl. d. Innenministers Führung der Lichtbildkartei	1390
2182	28. 7. 1982	RdErl. d. Innenministers Auskunfts- und Beratungsstellen für Auswanderer	1390
2135	4. 8. 1982	RdErl. d. Innenministers Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 (FwDV 12/1) „Einsatzleitung – Führungssystem“	1425
232342	28. 7. 1982	RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung DIN 4227 Teil 6 – Spannbeton; Bauteile mit Vorspannung ohne Verbund	1392
2378	5. 7. 1982	RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften zur Modernisierung durch Mieter (BürgRMiet)	1400
3210	19. 7. 1982	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Vereinfachung des Vordrucks zur Erlangung des Armenrechts	1402
6022	15. 7. 1982	Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Finanzministers Gemeindefinanzreform	1402
9210	26. 7. 1982	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Anlage und Verwendung von Prüfhöfen	1405
9210	26. 7. 1982	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Richtlinien für die Prüfung von Bewerbern um eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung in Kraftomnibussen (Busfahrer-Prüfungsrichtlinien)	1405
9220	15. 7. 1982	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Verkehrsregelung, Verkehrszeichen und -einrichtungen	1405

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Innenminister	
26. 7. 1982	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels des Regierungspräsidenten in Arnberg	1405
28. 7. 1982	Bek. – Ungültigkeit eines Dienstausweises	1405
10. 8. 1982	RdErl. – Beflaggung am „Tag der Heimat“	1423
	Minister für Landes- und Stadtentwicklung	
13. 8. 1982	Bek. – Lehrgänge des Deutschen Volksheimstättenwerks – Landesverband Nordrhein-Westfalen – in der Zeit von August bis Dezember 1982	1423
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	
21. 7. 1982	RdErl. – Pauschalierte Straßenbauzuweisungen im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds (§§ 4 und 25 FFG 1982)	1405

I.

2053

Schießausbildung in der PolizeiRdErl. d. Innenministers v. 26. 7. 1982 -
IV C 2/A 4 - 4660

Der RdErl. d. Innenministers v. 27. 4. 1981 (SMBL. NW. 2053) wird wie folgt geändert:

7. Den Polizeibehörden und -einrichtungen wird freigestellt, jährlich ein Preisschießen mit Pistole zu veranstalten oder eine bestimmte Übung im Rahmen der Schießausbildung nach der PDV 211 als Wertung für ein Preisschießen heranzuziehen.

Die Durchführung des Preisschießens, die Schießübung sowie die Wertung legen die Polizeibehörden und -einrichtungen in eigener Zuständigkeit fest.

Es ist, wenn erforderlich, in 2 Leistungsgruppen zu schießen.

Leistungsgruppe 1: SEK, MEK und Schießausbilder

Leistungsgruppe 2: alle übrigen Polizeivollzugsbeamten.

Den besten Schützen sollen Urkunden überreicht werden.

- MBl. NW. 1982 S. 1390.

20531

Führung der LichtbildkarteiRdErl. d. Innenministers v. 28. 7. 1982 -
IV A 4 - 6404/3

- 1 Die Lichtbildkartei (LK) dient der Ermittlung unbekannter Tatverdächtiger.

Sie wird bei den Kreispolizeibehörden geführt (vgl. - Erkennungsdienst - Nrn. 1.4, 4.1, 4.3, RdErl. v. 11. 12. 1981 - SMBL. NW. 20531 -).

Die LK ist nach Deliktgruppen, Geschlecht, Alter, Körpergröße und anderen für die Ermittlungen geeigneten Merkmalen zu ordnen.

- 2 In die LK werden die Lichtbilder von Personen aufgenommen, die einer Straftat verdächtig oder deswegen verurteilt sind, wenn anzunehmen ist, daß sie erneut straffällig werden. Dabei müssen die Belange des Betroffenen berücksichtigt werden. In der Regel wird es jedoch das Interesse der Allgemeinheit an der Aufklärung einer Straftat erfordern, daß er die mit dem Vorzeigen seines Bildes verbundene Beeinträchtigung in Kauf nehmen muß.

Lichtbilder von Kindern dürfen in die LK nicht aufgenommen werden; von Jugendlichen nur, wenn sie wiederholt Straftaten begangen haben.

- 3 Über die Aufnahme in die LK entscheidet der Leiter der Kriminalpolizei oder ein vom Behördenleiter beauftragter Beamter.

- 4 Vor der Einsichtnahme in die LK durch Zeugen ist zu prüfen, ob dies nach dem Stand der Ermittlungen notwendig ist. Dem Zeugen dürfen bei der Einsichtnahme keine Personalien der abgebildeten Personen bekanntwerden.

Der Zeuge ist in geeigneter Form anzuhalten, die durch die Einsichtnahme erlangten Kenntnisse nicht weiterzugeben; er soll die Belehrung schriftlich bestätigen.

Die Einsichtnahme in die LK sowie das Ergebnis sind zu erfassen.

- 5 Die LK soll regelmäßig, mindestens einmal jährlich bereinigt werden.

- 5.1 Lichtbilder sind zu vernichten, wenn die abgebildete Person

- 5.1.1 nach Aktenlage mindestens 5 Jahre in Freiheit war und in dieser Zeit keine Erkenntnisse über neue Straftaten in die Kriminalakte aufgenommen wurden,

- 5.1.2 verstorben ist.

- 5.2 Bei Bekanntwerden eines Freispruchs, bei dem sich aus den Urteilsgründen die erwiesene Unschuld ergibt, oder bei Einstellung des Verfahrens aus diesem Grunde sind die anlässlich dieses Verfahrens eingelegten Lichtbilder sofort zu vernichten.

- 6 Im übrigen gelten die Richtlinien für die Führung Kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen (RdErl. v. 10. 2. 1981 - SMBL. NW. 20531 -).

- 7 Der FdErl. v. 7. 6. 1971 (SMBL. NW. 20531) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1982 S. 1390.

2182

Auskunfts- und Beratungsstellen für AuswandererRdErl. d. Innenministers v. 28. 7. 1982 -
I C 3/49.10.14

In der Anlage zu meinem RdErl. v. 31. 5. 1977 (SMBL. NW. 2182) wird an achter Stelle folgende neue Auskunfts- und Beratungsstelle angefügt:

4000 Düsseldorf, Kronprinzenstr. 62, Tel. (02 11) 37 20 08, Landesarbeitsgemeinschaft Ausländischer Flüchtlinge NW e. V.,

Sprechzeiten: Di 9-12 Uhr, Do 14-19 Uhr.
Vorrangig Beratung ausländischer Flüchtlinge wegen Rückkehr.

- MBl. NW. 1982 S. 1390.

232342

DIN 4227 Teil 6 - Spannbeton
Bauteile mit Vorspannung ohne Verbund

RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung
v. 28. 7. 1982 - V B 2 - 461.100.6

1 Die Norm

DIN 4227 Teil 6, Ausgabe Mai 1982,
- Spannbeton; Bauteile mit Vorspannung ohne Verbund -

wird hiermit nach § 3 Abs. 3 der Landesbauordnung (BauO NW) als technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt.

Anlage

Die Norm wird als Anlage bekanntgegeben.

2 Bei Anwendung von DIN 4227 Teil 6, Ausgabe Mai 1982, ist folgendes zu beachten:

Zu Abschnitt 2 - Bautechnische Unterlagen, Bauleitung und Fachpersonal

2.1 Zu Absatz (1):

Neue Baustoffe, Bauteile und Bauarten dürfen nur verwendet oder angewendet werden, wenn ihre Brauchbarkeit nach § 23 BauO NW nachgewiesen ist.

Das gilt auch für

- a) den Spannstahl,
- b) die für Vorspannung ohne Verbund verwendeten Spannverfahren unter besonderer Berücksichtigung des Korrosionsschutzes.

2.2 Zu Absatz (3):

Auf den Ausführungszeichnungen für die Spannbe-
wehrung ist der in der Zulassung für den verwendeten
Spannstahl angegebene Relaxationswert zu vermer-
ken.*)"

3 Der RdErl. v. 16. 11. 1979 (SMBl. NW. 2323) ist in der Anlage bei Abschnitt 5.3 wie folgt zu ergänzen:

Spalte 1: 4227 Teil 6

Spalte 2: Mai 1982

Spalte 3: Spannbeton; Bauteile mit Vorspannung ohne
Verbund

Spalte 4: 28. 7. 1982

Spalte 5: MBl. NW. S. 1392
SMBl. NW. 232342

Spalte 6:

*) nur bei Litzen und gezogenen Drähten

	<h1>Spannbeton</h1> <p>Bauteile mit Vorspannung ohne Verbund</p>	<p>Vornorm DIN 4227 Teil 6</p>
--	--	--

Prestressed concrete; structural members with unbonded tendons
Béton précontraint; éléments structuraux avec armatures de précontrainte non adhérentes

Eine Vornorm ist eine Norm, zu der noch Vorbehalte hinsichtlich der Anwendung bestehen und nach der versuchsweise gearbeitet werden kann.
In vorliegendem Falle betreffen die Vorbehalte nicht Fragen der Sicherheit und Dauerhaftigkeit der nach dieser Vornorm bemessenen Bauteile. Vielmehr beziehen sie sich auf die Zweckmäßigkeit und Handhabbarkeit der neuen Nachweise für den rechnerischen Bruchzustand und für die Rißbreitenbeschränkung.
Es wird gebeten, Erfahrungen mit dieser Vornorm spätestens bis zum 31. Dezember 1984 mitzuteilen an den Normenausschuß Bauwesen (NABau) im DIN, Deutsches Institut für Normung e.V., Postfach 11 07, 1000 Berlin 30.

Diese Vornorm wurde vom Fachbereich VII Beton- und Stahlbetonbau/Deutscher Ausschuß für Stahlbeton des NABau ausgearbeitet.

Die Benennung „Last“ wird für Kräfte verwendet, die von außen auf ein System einwirken; dies gilt auch für zusammengesetzte Wörter mit der Silbe ... „Last“ (siehe DIN 1080 Teil 1).

Die Norm DIN 4227 umfaßt folgende Teile:

- Teil 1 Spannbeton; Bauteile aus Normalbeton mit beschränkter oder voller Vorspannung
- Teil 2 *) Spannbeton; Bauteile mit teilweiser Vorspannung
- Teil 3 *) Spannbeton; Bauteile in Segmentbauart
- Teil 4 *) Spannbeton; Bauteile aus Spannleichtbeton
- Teil 5 Spannbeton; Einpressen von Zementmörtel in Spannkanäle
- Teil 6 Spannbeton; Bauteile mit Vorspannung ohne Verbund

Inhalt

<p>1 Anwendungsbereich</p> <p>2 Bautechnische Unterlagen, Bauleitung und Fachpersonal</p> <p>3 Baustoffe</p> <p>3.1 Beton</p> <p>3.2 Spannstahl</p> <p>4 Nachweis der Güte der Baustoffe</p> <p>5 Aufbringen der Vorspannung</p> <p>6 Grundsätze für die bauliche Durchbildung</p> <p>6.1 Betonstahlbewehrung</p> <p>6.2 Spannglieder</p> <p>6.3 Mindestbewehrung</p> <p>7 Rechengrundlagen</p> <p>7.1 Erforderliche rechnerische Nachweise</p> <p>7.2 Ermittlung der Schnittgrößen und der Formänderungen</p> <p>8 Zeitabhängiges Verformungsverhalten</p> <p>9 Nachweis der Stahlspannungen im Gebrauchszustand</p>	<p>9.1 Nachweis der Spannstahlspannungen allgemein ..</p> <p>9.2 Nachweise bei nicht vorwiegend ruhender Belastung</p> <p>10 Beschränkung der Rißbreite im Gebrauchszustand</p> <p>10.1 Grundlagen</p> <p>10.2 Nachweis der Beschränkung der Rißbreite</p> <p>10.3 Beschränkung der Rißbreite ohne Nachweis ...</p> <p>11 Nachweis für den rechnerischen Bruchzustand bei Biegung, bei Biegung mit Längskraft und bei Längskraft ..</p> <p>11.1 Grundlagen</p> <p>11.2 Rechnerischer Bruchzustand und Sicherheitsbeiwerte</p> <p>12 Schiefe Hauptspannungen, Schubdeckung</p> <p>13 Verankerungen innerhalb des Tragwerks</p> <p>14 Plattenartige Bauteile, Decken</p> <p>14.1 Schnittgrößenermittlung, Gebrauchsfähigkeit ..</p> <p>14.2 Nachweis für den rechnerischen Bruchzustand ..</p> <p>14.3 Schutz gegen Folgeschäden</p>
---	--

*) Z. Z. Entwurf

DIN 4227 Teil 6

1 Anwendungsbereich

- (1) Diese Norm gilt für die Bemessung und Ausführung von Bauteilen aus Normalbeton¹⁾, bei denen der Beton durch Spannglieder vorgespannt wird, die nicht im Verbund mit dem Beton sind. Sie darf nicht angewendet werden auf Bauteile, bei denen eine Verbundwirkung nachträglich hergestellt wird; für diese gelten DIN 4227 Teil 1, Teil 2^{*)}, Teil 3^{*)} oder Teil 4^{*)} und stets Teil 5.
- (2) Die Spannglieder können innerhalb oder außerhalb des Betonquerschnitts liegen.
- (3) In dieser Norm wird nicht unterschieden zwischen voll vorgespannten, beschränkt vorgespannten oder teilweise vorgespannten Bauteilen.
- (4) Soweit in dieser Norm nichts anderes bestimmt ist, sind auf Bauteile mit Spanngliedern ohne Verbund die einschlägigen Festlegungen von DIN 4227 Teil 1 anzuwenden. In DIN 4227 Teil 1 sind die in dieser Norm verwendeten Begriffe definiert.

2 Bautechnische Unterlagen, Bauleitung und Fachpersonal

- (1) Entsprechend den allgemeinen bauaufsichtlichen Bestimmungen ist eine Zulassung bzw. eine Zustimmung im Einzelfall unter anderem erforderlich für:
- den Spannstahl,
 - das Spannverfahren unter besonderer Berücksichtigung des Korrosionsschutzes.
- (2) Die Zulassungs- bzw. Zustimmungsbescheide müssen auf der Baustelle vorliegen.
- (3) Im übrigen gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 2.3.

3 Baustoffe**3.1 Beton**

Es gelten die Anforderungen von DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 3.1.1.

3.2 Spannstahl

- (1) Es gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 3.2.
- (2) Der Korrosionsschutz der Spannglieder bedarf - mit Ausnahme der im Absatz (6) genannten Fälle - der Zulassung oder der Zustimmung im Einzelfall.
- (3) Der Korrosionsschutz soll unter werkmäßigen Bedingungen aufgebracht werden. Die Oberflächen der Spannstähle müssen entsprechend den Eigenschaften des Korrosionsschutzmittels vorbehandelt werden. Die Oberflächenbehandlung darf die mechanischen Eigenschaften des Spannstahls nicht verschlechtern.
- (4) Der Korrosionsschutz im Bereich der Verankerungen und gegebenenfalls der Stöße (insbesondere der Gewinde von Spannstählen) muß ebenfalls sichergestellt sein.

^{*)} Z. Z. Entwurf

¹⁾ Die Anwendung der Vorspannung ohne Verbund auf Bauteile aus konstruktivem Leichtbeton bedarf der Zustimmung im Einzelfall.

(5) Der Korrosionsschutz der Spannglieder soll beim Transport, beim Einbau und beim Spannen nicht beschädigt werden. Sofern doch Beschädigungen festgestellt werden, muß der Korrosionsschutz fachgerecht so wiederhergestellt werden, daß er dem ursprünglichen Zustand gleichwertig ist.

(6) Bei Bauteilen in geschlossenen Räumen, in denen keine korrosionsfördernden Bedingungen herrschen und auch für die Zukunft ausgeschlossen werden, sind Beschichtungssysteme als Korrosionsschutz für außenliegende Spannglieder ausreichend. Brandschutzbeschichtungen stellen im allgemeinen keinen Korrosionsschutz dar. Beschichtungen müssen nach technischen Baubestimmungen ausgeführt und müssen gewartet werden.

4 Nachweis der Güte der Baustoffe

- (1) Es gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 4.
- (2) Die Herstellung der Spannglieder im Werk einschließlich des werkmäßigen Aufbringens des Korrosionsschutzes bedarf der Güteüberwachung, bestehend aus Eigen- und Fremdüberwachung. Auf der Baustelle ist jedes Spannglied im Rahmen der Eigenüberwachung daraufhin zu prüfen, ob der Korrosionsschutz unverletzt ist.

5 Aufbringen der Vorspannung

Es gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 5.

6 Grundsätze für die bauliche Durchbildung**6.1 Betonstahlbewehrung**

Es gilt DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Abschnitt 13 und Abschnitt 18; für druckbeanspruchte Bewehrungsstäbe gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 6.1 Absatz (2).

6.2 Spannglieder

- (1) Die Betondeckung der Hüllrohre oder einer anderen Hülle von innenliegenden Spanngliedern muß mindestens 2 cm betragen, sofern sich nicht aus Gründen des Brandschutzes oder wegen der nach DIN 1045 oder DIN 1075 geforderten Betondeckung der Betonstahlbewehrung ein größerer Wert ergibt.
- (2) Der lichte Abstand der Hüllrohre oder anderer Hüllen von Spanngliedern im Innern des Betonquerschnitts soll mindestens gleich dem 0,8fachen Außendurchmesser der Spannglieder sein; er darf 2,5 cm nicht unterschreiten. Abweichend davon dürfen Spannglieder aus Einzellitzen in Gruppen von höchstens 4 nebeneinanderliegenden Spanngliedern angeordnet werden, bei Platten unter Fahrzeugverkehr jedoch nur, wenn im Bereich auftretender Radlasten die Spanngliedgruppen mindestens 4 cm unter der befahrenen Oberfläche liegen. Innerhalb der Gruppe soll zwischen den Litzen ein kleiner Abstand zum Entweichen der Luft beim Betonieren belassen werden.
- (3) Angaben über kleinste zulässige Krümmungshalbmesser, gegebenenfalls über die Möglichkeit des plastischen Vorbiegens der Spannstähle, und die konstruktive Ausbildung von Umlenkstellen der Spannglieder sind den Zulassungen zu entnehmen.

(4) Sofern die Spannglieder außerhalb des Betonquerschnitts liegen, ist ihre Sollage im Gebrauchszustand und im rechnerischen Bruchzustand zu sichern, z. B. durch eine ausreichende Anzahl von Abstützungen bzw. Abhängungen. Solche Spannglieder sind sorgfältig vor vorzeitiger übermäßiger Erwärmung zu schützen, falls sie Teil eines Tragwerkes sind, für das eine Feuerwiderstandsklasse F 30 oder höher verlangt wird. Der Nachweis der erforderlichen Feuerwiderstandsdauer ist durch einen Brandversuch nach DIN 4102 Teil 2 zu erbringen, sofern die Ausführung nicht DIN 4102 Teil 4 entspricht.

6.3 Mindestbewehrung

(1) Für Brücken und vergleichbare Bauwerke ist eine Mindestbewehrung entsprechend DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 6.7 einzulegen.

(2) Für die Mindestbewehrung im Stützenbereich punktförmig gestützter Platten gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 12.9.

(3) Bei Balkenstegen ist eine Mindestbügelbewehrung nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Tabelle 4 Zeile 5 einzulegen.

(4) Bei anderen Bauwerken als nach den Absätzen (1) und (2) werden - wie in DIN 1045 - keine darüber hinausgehenden Anforderungen an die Mindestlängsbewehrung gestellt.

7 Rechengrundlagen

7.1 Erforderliche rechnerische Nachweise

Anstelle der in DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 7.1 geforderten Nachweise sind folgende rechnerische Nachweise zu erbringen:

- Nachweis der Spannstahlspannungen im Gebrauchszustand nach Abschnitt 9
- Nachweis bei nicht vorwiegend ruhender Belastung nach Abschnitt 9.2
- Nachweis zur Beschränkung der Rißbreite nach Abschnitt 10
- Nachweis für den rechnerischen Bruchzustand bei Biegung, Biegung mit Längskraft und Längskraft nach Abschnitt 11
- Nachweis der schiefen Hauptdruckspannungen bzw. der Schubspannungen und der Schubdeckung nach Abschnitt 12
- Nachweis für Verankerungen innerhalb des Tragwerkes nach Abschnitt 13
- Nachweis des Durchstanzens nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 12.9
- Nachweis der Zugkraftdeckung nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 14.3

7.2 Ermittlung der Schnittgrößen und der Formänderungen

(1) Es gelten für die Ermittlung der Schnittgrößen und der Formänderungen DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Abschnitt 15 und Abschnitt 16, für die Elastizitätsmodul des Spannstahls DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 7.2, für die Spannwegberechnung die Zulassungen des Spannstahls.

(2) Die Aufnahme der Schnittgrößen ist unter der Annahme des Ebenbleibens der Querschnitte nachzuweisen, jedoch unter Beachtung der Relativverschiebungen

zwischen Spannglied und Beton auf ganzer Spanngliedlänge.

8 Zeitabhängiges Verformungsverhalten

Für das zeitabhängige Verformungsverhalten des Betons und des Spannstahls gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 8.

9 Nachweis der Stahlspannungen im Gebrauchszustand

9.1 Nachweis der Spannstahlspannungen allgemein

(1) Die Spannstahlspannungen für im Innern des Betonquerschnitts liegende Spannglieder sind abweichend von DIN 4227 Teil 1 wie folgt zu begrenzen:

- vorübergehend beim Spannen: $0,85 \beta_S$ bzw. $0,75 \beta_Z$
- im Gebrauchszustand: $0,80 \beta_S$ bzw. $0,70 \beta_Z$
- Randspannungen in Krümmungen: $\beta_{0,01}$ (bei Litzen siehe jedoch Zulassung)

(2) Die zulässigen Spannstahlspannungen für außenliegende Spannglieder sind DIN 4227 Teil 1 zu entnehmen.

9.2 Nachweise bei nicht vorwiegend ruhender Belastung

(1) Der Nachweis der Schwingbreite im Spannglied ist nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 15.9 zu führen. Zusätzlich ist der Nachweis zu führen, daß die Spannstahlspannung bei der Oberlast (einschließlich ΔM) zum Zeitpunkt der Ingebrauchnahme des Bauwerks $0,65 \beta_Z$ nicht überschreitet.

(2) Die Spannungsschwankungen im Betonstahl sind abweichend von DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 15.9 auf ganze Bauteillänge auf die Werte von DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Abschnitt 17.8 zu begrenzen.

(3) Auf die Möglichkeit des Auftretens von mehrwelligen Querschwingungen freigespannter Spannglieder bei Windwirkung infolge Karmanscher Wirbelstraßen wird hingewiesen. Diese müssen durch geeignete konstruktive Maßnahmen weitgehend gedämpft werden.

10 Beschränkung der Rißbreite im Gebrauchszustand

10.1 Grundlagen

(1) Zur Sicherung der Gebrauchsfähigkeit und des Korrosionsschutzes der Betonstahlbewehrung ist die Rißbreite in dem Maße zu beschränken, wie es der Verwendungszweck erfordert.

(2) Diese Anforderung kann erfüllt werden:

- a) Durch geeignete Wahl von Bewehrungsgehalt, Stahlspannung und Stabdurchmesser der Betonstahlbewehrung und Nachweis nach Abschnitt 10.2.
- b) Bei Deckenplatten des üblichen Hochbaus mit Dicken $d \leq 0,40$ m durch eine Betonstahlbewehrung mit vorgegebenem Bewehrungsgehalt nach Abschnitt 10.3.
- c) Bei Platten ohne Betonstahlbewehrung, sofern die Ausmitte des Lastangriffs e bei der Beanspruchungskombination nach Abschnitt 10.2 Absatz (2) (einschließlich der 0,9- bzw. 1,1fachen Spannkraft) den nachfolgenden Werten entspricht:

$$e = |M/N| \leq d/3 \text{ bei Platten der Dicke } d \leq 0,4 \text{ m}$$

$$e \leq d/6 \text{ bei Platten der Dicke } d = 0,8 \text{ m}$$

Zwischenwerte dürfen linear interpoliert werden.

DIN 4227 Teil 6

10.2 Nachweis der Beschränkung der Rißbreite

(1) Der Stabdurchmesser d_s der Bewehrung aus Betonrippenstahl (als Einzelstab und für Betonstahlmatten) darf die Werte nach Gleichung (1) nicht überschreiten

$$d_s \leq r \cdot \frac{\mu_z}{\sigma_s} \cdot 10^4 \quad (1)$$

Hierin bedeuten:

d_s größter Stabdurchmesser in mm

r Beiwert zur Berücksichtigung der Verbundeigenschaften

Bauteile mit Umweltbedingungen nach DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Tabelle 10 Zeile 1: $r = 200$

Bauteile mit Umweltbedingungen nach DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Tabelle 10 Zeile 2: $r = 150$

Bauteile mit Umweltbedingungen nach DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Tabelle 10 Zeilen 3 und 4 und Bauteile, welche weniger als 10 m über oder neben Straßen liegen, die mit Tausalzen behandelt werden, sowie Eisenbahnstrecken, die vorwiegend mit Dieselantrieb befahren werden: $r = 100$

$\mu_z = 100 A_s / A_{bz}$ der auf die Zugzone A_{bz} bezogene Bewehrungsgehalt in % ohne Berücksichtigung des Spannstahlquerschnitts (Zugzone = Bereich von Betonzugdehnungen unter unten angegebener Beanspruchungskombination, wobei bei hohen Querschnitten mit einer Zugzonenhöhe von maximal 80 cm zu rechnen ist). Dabei ist vorausgesetzt, daß die Bewehrung A_s annähernd gleichmäßig über die Breite der Zugzone verteilt ist. Bei stark unterschiedlichen Bewehrungsgehalten μ_z innerhalb breiter Zugzonen muß Gleichung (1) auch örtlich erfüllt sein.

σ_s Spannung im Betonstahl in MN/m^2 nach Zustand II unter Zugrundelegen elastischen Verhaltens für die Beanspruchungskombination nach Absatz (2), jedoch stets kleiner als β_s .

(2) Der Nachweis nach Gleichung (1) ist für folgende Beanspruchungskombination zu führen:

- 1,0fache Schnittgröße aus ständiger Last
- 1,0fache Schnittgröße aus Verkehrs-, Wind- und Schneelast
- 1,0fache Zwangsschnittgrößen aus wahrscheinlicher Baugrundbewegung, Wärmewirkung und Schwinden
- 1,0fache Schnittgröße aus planmäßiger Systemänderung
- Zusatzmoment ΔM_1 bzw. ΔM_2 nach Bild 1

Zusätzlich ist die 0,9- bzw. 1,1fache statisch bestimmte und statisch unbestimmte Wirkung aus Vorspannung unter Berücksichtigung von Kriechen und Schwinden zu berücksichtigen. Der ungünstigere Wert ist maßgebend.

(3) Ist der betrachtete Querschnittsteil (z. B. Gurtplatte eines Kastenträgers) nahezu mittig auf Zug beansprucht, so ist der Nachweis nach Gleichung (1) für beide Bewehrungsstränge getrennt zu führen. Anstelle von μ_z tritt dabei jeweils der auf den betrachteten Querschnittsteil bezogene Bewehrungsgehalt des betreffenden Bewehrungsstranges.

10.3 Beschränkung der Rißbreite ohne Nachweis

Ein Nachweis nach Abschnitt 10.2 braucht bei Deckenplatten des üblichen Hochbaus (siehe DIN 1045, Ausgabe

Dezember 1978, Abschnitt 2.2.4) mit Dicken $d \leq 0,40$ m in folgenden Fällen nicht geführt zu werden:

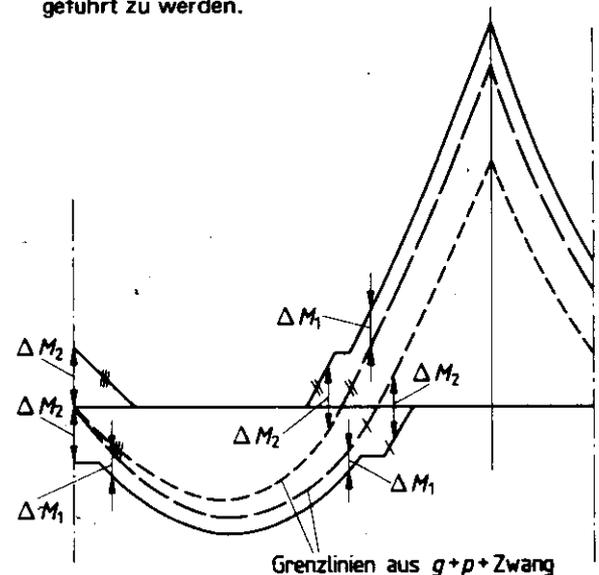
a) Allgemein im Feld, sofern die nachstehenden Wertepaare für die Spannung σ_N aus Normalkraft infolge Vorspannung und äußerer Last sowie für den Bewehrungsgehalt μ in der vorgedrückten Zugzone - bezogen auf den gesamten Betonquerschnitt - eingehalten werden:

$$\sigma_N = -1,0 \text{ MN/m}^2 \quad \mu = 0,1 \%$$

$$\sigma_N = -2,0 \text{ MN/m}^2 \quad \mu = 0,05 \%$$

Zwischenwerte dürfen linear interpoliert werden.

b) An der Unterseite (der Druckzone) von punktgestützten Platten allseits der Stütze, wenn in den Fällen, in denen die Umlenkkräfte $u = u_x + u_y$ aus Vorspannung nach dem Anhang A zu dieser Norm größer sind als die 1,2fachen Lasten, die zum Zeitpunkt des Vorspannens wirksam sind, ein Bewehrungsgehalt $\mu = 0,1 \%$ nicht unterschritten wird. Wenn die Umlenkkräfte aus Vorspannung kleiner als die 1,2fachen Lasten sind, braucht der Nachweis nach Abschnitt 10.2 auch bei im Stützenbereich fehlender unterer Bewehrung nicht geführt zu werden.



$$\Delta M_1 = 5 \cdot 10^{-5} \cdot \frac{EI}{d_0}$$

$$\Delta M_2 = 15 \cdot 10^{-5} \cdot \frac{EI}{d_0}$$

EI Biegesteifigkeit im Zustand I

d_0 Querschnittsdicke im betrachteten Querschnitt

Bild 1. Biegemomente für den Nachweis zur Beschränkung der Rißbreite

11 Nachweis für den rechnerischen Bruchzustand bei Biegung, bei Biegung mit Längskraft und bei Längskraft

11.1 Grundlagen

Die Grundlagen des Nachweises für den rechnerischen Bruchzustand bei Biegung, bei Biegung mit Längskraft und bei Längskraft sind DIN 4227 Teil 1, Ausgabe

Dezember 1979, Abschnitt 11.1 und Abschnitt 11.2 zu entnehmen (siehe jedoch Abschnitt 7.2 der vorliegenden Norm).

11.2 Rechnerischer Bruchzustand und Sicherheitsbeiwerte

(1) Für den rechnerischen Bruchzustand sind Nachweise nach Gleichung (2) zu führen. Die Beiwerte sind so zu kombinieren, daß die für den untersuchten Querschnittsteil (Beton in der Druckzone, der vorgedrückten Zugzone oder der vorgedrückten Druckzone; Betonstahlbewehrung) ungünstigste Beanspruchung ermittelt wird.

$$\left\{ \begin{array}{l} 1,75 \\ \text{bzw.} \\ 1,25 \end{array} \right\} S_g + 1,75 S_p + \left\{ \begin{array}{l} 1,0 \\ \text{bzw.} \\ 1,5 \end{array} \right\} S_v \leq R \quad (2)$$

Hierin bedeuten:

S_g Schnittgröße aus ständiger Last im Gebrauchszustand
 S_p Schnittgröße aus Verkehrs-, Wind- und Schneelast im Gebrauchszustand

S_v Schnittgröße aus dem statisch bestimmten und statisch unbestimmten Anteil der Vorspannung. Die Vorspannkraft ist demnach als äußere Einwirkung anzusetzen. Der durch Laststeigerung bedingte Anstieg der Spannstahlspannung muß berücksichtigt werden, wenn er ungünstig wirkt; er darf berücksichtigt werden, wenn er günstig wirkt. Eine größere Spannstahlspannung als β_s darf bei der Ermittlung von S_v nicht angesetzt werden²⁾.

R Schnittgröße, die vom Querschnitt im rechnerischen Bruchzustand ohne Berücksichtigung der Spannglieder aufgenommen werden kann.

(2) Schnittgrößen bei planmäßiger Systemänderung, die ursächlich nur mit den Auswirkungen aus ständiger Last oder Vorspannung-zusammenhängen, sind mit denselben Sicherheitsbeiwerten wie für ständige Last bzw. Vorspannung zu multiplizieren. Der Einfluß des Kriechens und der Relaxation muß dabei berücksichtigt werden.

(3) Schnittgrößen aus Zwang infolge wahrscheinlicher Baugrundbewegungen³⁾, Wärmewirkung und Schwinden sind 1,0fach zu berücksichtigen, sofern sie mit den Steifigkeiten des Gebrauchszustandes ermittelt werden. Der Einfluß des Kriechens und der Relaxation darf berücksichtigt werden.

(4) Abweichend von Abschnitt 7.2 dürfen die Schnittgrößen aus ständiger Last, Verkehrslast und Vorspannung – auch bei planmäßiger Systemänderung – mit den Steifigkeiten im Zustand II ermittelt werden, die sich unter den mit den Sicherheitsbeiwerten nach Gleichung (2) vervielfachten Lasten ergeben. Dabei sind die Elastizitätsmoduln nach Abschnitt 7.2 anzusetzen. Die Zwangursachen infolge wahrscheinlicher Baugrundbewegungen, Wärmewirkung und Schwinden sind 1,75fach anzusetzen. Die Schubdeckung ist dann zusätzlich nach DIN 4227

2) 1,5 S_v führt im allgemeinen zu fiktiven Spannungen $\sigma_v > \beta_s$.

3) Bei Brücken sind die Schnittgrößen aus der 0,4fachen möglichen Baugrundbewegung zu berücksichtigen, falls dies ungünstiger ist.

Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 12.4 Absatz (6) nachzuweisen.

(5) Bei gleichgerichteten Beanspruchungen aus mehreren Tragwirkungen (Hauptträgerwirkung und örtliche Plattenwirkung im Zugbereich) braucht nur der Dehnungszustand jeweils einer Tragwirkung berücksichtigt zu werden.

(6) Anstelle des Nachweises für die vorgedrückte Zugzone im rechnerischen Bruchzustand darf auch ein Nachweis im Gebrauchszustand geführt werden. Dabei dürfen die Betonspannungen die Werte nach folgenden Zeilen der Tabelle 9 von DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, nicht überschreiten:

- Beton auf Druck in der vorgedrückten Zugzone:
 vor Aufbringen aller ständigen Lasten: Zeilen 5 bis 8
 nach Aufbringen aller ständigen Lasten: Zeilen 1 bis 4
- Beton auf Zug: Zeilen 18 bis 26 bzw. 36 bis 44.

Dabei ist die Aufnahme der Kräfte aus dem Zugkeil durch Bewehrung nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 10.2.2 nachzuweisen.

12 Schiefe Hauptspannungen, Schubdeckung

(1) Für den Gebrauchszustand sind keine Spannungsnachweise zu führen.

(2) Für die Nachweise im rechnerischen Bruchzustand gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 12. Dabei ist ausschließlich die Beanspruchungskombination $1,75 S_g + 1,75 S_p + 1,0 S_v$ gegebenenfalls unter Einbeziehung der 1,0fachen Schnittgröße aus Zwang infolge wahrscheinlicher Baugrundbewegungen, Wärmewirkung und Schwinden anzusetzen.

(3) Bei Spanngliedern ohne Verbund als Schubbewehrung (Schubnadeln) sind jedoch sowohl für den Gebrauchs- als auch für den rechnerischen Bruchzustand alle Nachweise nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 12 zu führen. Im rechnerischen Bruchzustand darf bei Spanngliedern ohne Verbund als Schubbewehrung mit einer Spannungszunahme von 420 MN/m^2 gerechnet werden, jedoch nicht mit einer höheren Spannung als β_s . Ein Viertel der Querkraft ist stets durch Umschließungsbügel aus Rippenstahl aufzunehmen.

(4) Die Spannungen und die Schubbewehrung dürfen auch auf der Grundlage eines Bogen-Zugband- bzw. Sprengwerk-Modells (anstelle eines Fachwerk-Modells) ermittelt werden, wobei darauf zu achten ist, daß der Querschnitt des Druckgurts annähernd konstant bis zu den Verankerungen der Spannglieder geführt wird. Auch in diesem Fall darf die Hauptdruckspannung unter Berücksichtigung des Hüllrohr- (bzw. Hohlraum-)Abzugs die Werte nach DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Tabelle 9 Zeile 63 nicht überschreiten.

13 Verankerungen innerhalb des Tragwerks

Es gilt DIN 4227 Teil 1, Ausgabe Dezember 1979, Abschnitt 14.4 mit Ausnahme von Absatz (1). Die Zulassungsbescheide für Spannglieder ohne Verbund geben Auskunft, wenn Ankerkörper als Querschnittschwächen anzusehen sind.

DIN 4227 Teil 6

14 Plattenartige Bauteile, Decken**14.1 Schnittgrößenermittlung, Gebrauchsfähigkeit**

- (1) Für die Ermittlung der Schnittgrößen sind auf der sicheren Seite liegende Näherungsverfahren zulässig.
- (2) Das Verhältnis Stützweite zu Plattendicke soll 40 nicht überschreiten.
- (3) Bei schlanken Platten sind gesonderte Überlegungen hinsichtlich der Durchbiegung und der Schwingungsanfälligkeit anzustellen.

14.2 Nachweis für den rechnerischen Bruchzustand

- (1) Der Nachweis für den rechnerischen Bruchzustand ist nach Abschnitt 11 zu führen, bei punktgestützten Platten getrennt für Gurt- und Feldstreifen. Bei Platten mit einem Verhältnis Spannweite zu Plattendicke von mindestens 15 darf bei der Bestimmung von S_v vereinfachend der Spannungsanstieg der Spannglieder beim Erreichen des rechnerischen Bruchzustandes unter der Annahme ermittelt werden, daß bei Feldmomenten das untersuchte Feld, bei Stützmomenten die beiden dem untersuchten Querschnitt benachbarten Felder sich um $f = l/50$ durchbiegen; dabei ist die Betondehnung in Höhe der Biegezugbewehrung mit 5‰ anzunehmen.
- (2) Näherungsweise darf die Spanngliedlänge Δl in einem Feld ermittelt werden zu:

$$\Delta l = \frac{3fh}{l} = \frac{h}{17} \quad (3)$$

Hierin bedeutet:

h statische Höhe an der Stelle des größten Feldmoments.

(3) Der Spannungszuwachs im Spannglied im rechnerischen Bruchzustand beträgt dann:

bei Feldquerschnitten

$$\Delta \sigma_u = \frac{\Delta l}{L} \cdot E \quad (4)$$

bei Stützenquerschnitten

$$\Delta \sigma_u = (\Delta l_1 + \Delta l_2) \cdot \frac{E}{L} \quad (5)$$

Hierin bedeuten:

L Länge des Spanngliedes zwischen den Verankerungspunkten

E Elastizitätsmodul des Spannstahls laut Zulassung

Eine größere Spannung als β_S darf nicht berücksichtigt werden.

14.3 Schutz gegen Folgeschäden

Örtliche Schäden an einem Plattenfeld infolge unvorhergesehener, katastrophaler Einwirkungen (extremer Brand, Explosionen usw.) dürfen nicht zum Einsturz der Gesamtkonstruktion führen. Geeignete Mittel zur Verhinderung dessen sind z. B. die Anordnung von Zwischenverankerungen von Spanngliedern, der Einbau einer im Verbund liegenden Bewehrung. Spannglieder ohne Verbund sollen nicht ohne Zwischenverankerung über benachbarte Brandabschnitte laufen.

Anhang A**Hinweise zur vereinfachten Schnittgrößenermittlung für vorgespannte, punktförmig gestützte Platten**

A1 Vorgespannte, punktförmig gestützte Platten mit rechteckigem Stützenraster, einem Verhältnis der Stützweiten $0,75 \leq l_x/l_y \leq 1,33$ und einem Verhältnis der Umlenkpressungen aus Vorspannung in x- und y-Richtung

$$0,5 \leq \frac{u_x}{u_y} \leq 2,0$$

dürfen unter gleichmäßig verteilten Belastungen nach DIN 1055 Teil 3, Ausgabe Juni 1971, Abschnitt 6.1 nach dem im folgenden angegebenen Näherungsverfahren berechnet werden, wenn in beiden Richtungen eine zentrische Vorspannung von mindestens $1,0 \text{ MN/m}^2$ nach Abschluß von Kriechen und Schwinden vorhanden ist.

A2 Die Biegemomente infolge äußerer Lasten sind auf der Grundlage von DIN 1045, Ausgabe Dezember 1978, Abschnitt 22.3.1 unter Beachtung von Bild A2 zu ermitteln. Die Biegemomente aus Vorspannung dürfen ebenfalls nach Bild A2 ermittelt werden, wenn für jede Richtung die gesamte Umlenkpressung $u = u_x + u_y$ nach Bild A1e angesetzt wird und die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die Umlenkpressungen werden durch zwei sich kreuzende, parallel zu den Plattenrändern verlaufende Scharen von Spanngliedern nach Bild A1a erzeugt.

- Durch eine dem Tragverhalten der Platte entsprechende Anordnung der Spannglieder in Stützstreifen und in Bereichen zwischen den Stützstreifen nach Bild A1b wird eine annähernd gleichförmige Verteilung der Umlenkpressungen u über die gesamte Platte gewährleistet.

Hierzu müssen die Spannglieder in den Stützstreifen entsprechend Bild A1d sowohl die zusätzlichen Umlenkpressungen der kreuzenden Spannglieder nach Bild A1c aufnehmen als auch die erforderlichen Umlenkpressungen u nach Bild A1e erzeugen.

A3 Die Normalspannungen aus der Horizontalkomponente N der Vorspannkraft nach Bild A1c dürfen außerhalb der Krafteinleitungsbereiche für jede Spannrichtung als gleichmäßig über die gesamte Deckenbreite verteilt angenommen werden.

A4 Die Verwendung entsprechender Näherungsverfahren für andere Verhältnisse als in A1 und A2 festgelegt ist zulässig, wenn nachgewiesen wird, daß die Ergebnisse der Näherungsverfahren mit denen einer Schnittgrößenermittlung nach der Elastizitätstheorie hinreichend übereinstimmen (z. B. für punktförmig gestützte Platten mit Spanngliedern nur in den Stützstreifen).

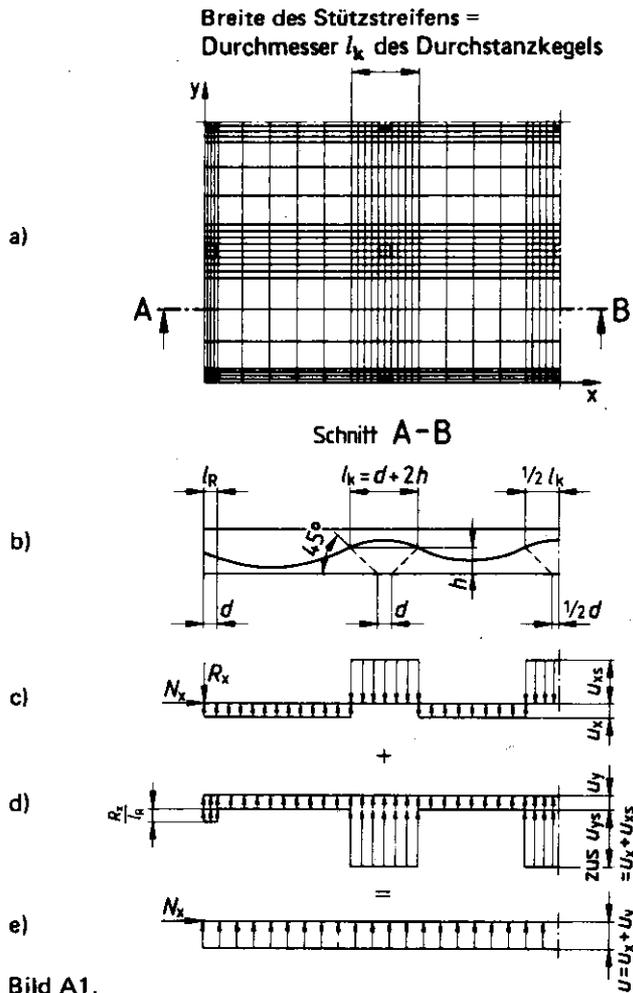


Bild A1.

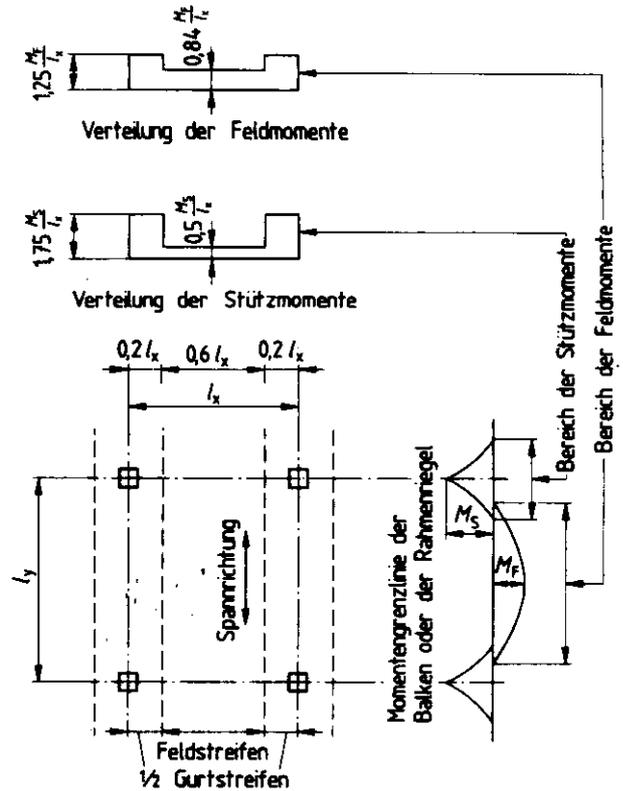
- a) Ausschnitt einer Flachdecke (Draufsicht)
- b) Spanngliedführung mit Anordnung der Wendepunkte auf dem Rand des Durchstanzkegels
- c) Kräfte im Schnitt A-B infolge Vorspannung der x-Richtung
- d) Kräfte im Schnitt A-B infolge Vorspannung der y-Richtung
- e) Summe der Umlenk- und Endverankerungskräfte im Schnitt A-B

Zitierte Normen

- DIN 1045 Beton und Stahlbeton; Bemessung und Ausführung
- DIN 1075 Betonbrücken; Bemessung und Ausführung
- DIN 1080 Teil 1 Begriffe, Formelzeichen und Einheiten im Bauingenieurwesen; Grundlagen
- DIN 4102 Teil 2 Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen; Bauteile, Begriffe, Anforderungen und Prüfungen
- DIN 4102 Teil 4 Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen; Zusammenstellung und Anwendung klassifizierter Baustoffe; Bauteile und Sonderbauteile
- DIN 4227 Teil 1 Spannbeton; Bauteile aus Normalbeton mit beschränkter oder voller Vorspannung
- DIN 4227 Teil 2 (z. Z. Entwurf) Spannbeton; Bauteile mit teilweiser Vorspannung
- DIN 4227 Teil 3 (z. Z. Entwurf) Spannbeton; Bauteile in Segmentbauart
- DIN 4227 Teil 4 (z. Z. Entwurf) Spannbeton; Bauteile aus Spanneichtbeton
- DIN 4227 Teil 5 Spannbeton; Einpressen von Zementmörtel in Spannkanäle

Internationale Patentklassifikation

- B 28 B 23/04
- E 04 B 1/06
- E 04 G 21/12



M_S, M_F Momente nach der E-Theorie an einem Balken der Stützweite l_y unter der Streckenlast $q \cdot l_x$

q gleichförmig verteilte Last auf der Flachdecke

Bild A2.

Verteilung der Schnittgrößen in vorgespannten Flachdecken nach dem Näherungsverfahren

2378

**Richtlinien
für die Übernahme von Bürgschaften
zur Modernisierung durch Mieter
(BürgRMiet)**

RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung
v. 5. 7. 1982 - IV C 2 - 4.911 - 1172/82

Die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen (Wohnungsbauförderungsanstalt) in Düsseldorf wird ermächtigt, Bürgschaften nach Maßgabe

- des Wohnungsbauförderungsgesetzes (WoBauFördG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1979 (GV. NW. S. 630/SGV. NW. 237),
- der folgenden Bestimmungen und
- der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Modernisierung von Mietwohnungen durch Mieter (AVB) - Anlage -

Anlage

für Baudarlehen zu übernehmen, die Mietern zur Modernisierung gemieteter Wohnungen in Nordrhein-Westfalen von Bausparkassen gewährt werden.

1. Bedingungen und Auflagen

Die Wohnungsbauförderungsanstalt kann die Übernahme einer Bürgschaft von sonstigen Bedingungen abhängig machen oder mit zusätzlichen Auflagen verbinden, die nicht in den Allgemeinen Vertragsbedingungen enthalten sind.

2. Rechtsanspruch

Ein Rechtsanspruch auf Übernahme einer Bürgschaft besteht nicht.

3. Vorprüfung

Die Vorprüfung ist Aufgabe der Wohnungsbauförderungsanstalt gemäß § 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung hinsichtlich der Voraussetzungen für die Übernahme von Bürgschaften, sonstiger Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Übernahme einer Bürgschaft stehen, sowie des Eintritts als Bürge.

Anlage

**Allgemeine Vertragsbedingungen
für die Übernahme von Bürgschaften
zur Modernisierung von Mietwohnungen
durch Mieter (AVB)**

Für die Übernahme von Bürgschaften für Darlehen, die Mietern von Bausparkassen zur Modernisierung gemieteter Wohnungen gewährt werden, gelten die nachstehenden Allgemeinen Vertragsbedingungen:

§ 1

Förderungsfähige Maßnahmen

Bürgschaften können übernommen werden für Baudarlehen, die Mietern zur Modernisierung gemieteter Wohnungen innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen von Bausparkassen gewährt werden.

§ 2

**Art der verbürgungsfähigen
Baudarlehen**

(1) Verbürgt werden Bauspardarlehen aus zuteilten Bausparverträgen und Zwischenkredite der Bausparkassen auf zuteilte und noch nicht zuteilte Bausparverträge, auf die wenigstens die für die Zuteilung erforderlichen Mindestsparleistungen erbracht worden sind. Für die Bürgschaft gelten das Bauspardarlehen und ein Zwischenkredit als ein Darlehen.

(2) Bauspardarlehen müssen als Annuitätendarlehen gewährt und mit Zins- und Tilgungsleistungen in stets gleichbleibender Höhe bedient werden.

(3) Verbürgte Bauspardarlehen sind in der Regel innerhalb von zwölf Jahren seit Auszahlung zurückzuzahlen, wobei sich die Laufzeit um die Dauer einer vorangegangenen Zwischenfinanzierung verlängern kann.

(4) Ist der Darlehensnehmer verheiratet, so hat der Ehegatte die gesamtschuldnerische Mithaftung zu übernehmen.

§ 3

Bürgschaftsgrenzen

Für einen Darlehensnehmer und eine Mietwohnung können Darlehen insgesamt nur bis zu DM 20 000,- verbürgt werden.

§ 4

Art der Bürgschaft

Die Bürgschaft wird als Ausfallbürgschaft global übernommen. Durch Tilgungen freigewordene Beträge können im Rahmen der globalen Bürgschaft erneut in Anspruch genommen werden.

§ 5

Wirksamkeit der Bürgschaft

(1) Die Bürgschaft wird mit der Auszahlung des zu verbürgenden Darlehens und der Eintragung in die Monatsliste wirksam.

(2) Hierzu teilt die Bausparkasse dem Bürgen jeweils bis zum 10ten eines Monats die im Vormonat in die Bürgschaft einbezogenen Darlehen mit (Monatsliste). Dabei sind anzugeben:

- a) Name und Anschrift des Bausparers und mithaftender Personen
- b) Nummer des Bausparvertrages
- c) verbürgter Darlehensbetrag

§ 6

Umfang der Bürgschaft

(1) Der Bürge haftet der Bausparkasse für Ausfälle an Kapital, Zinsen, Verzugszinsen von höchstens 1 v. H. über dem jeweils vereinbarten Kreditzins für die Zeit von der jeweiligen Fälligkeit der Leistung bis zur Erstattung und Nebenleistungen sowie Auslagen im Zusammenhang mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen.

(2) Zur Vermeidung von Verzugsfolgen ist der Bürge berechtigt, Abschlagszahlungen ohne Anerkennung einer Rechtspflicht oder eines Ausfalles zu leisten.

(3) Der Bürge kann aus der Bürgschaft in Anspruch genommen werden, wenn und soweit Zahlungsunfähigkeit des Darlehensnehmers - sowie etwa mithaftender Dritter - durch Zahlungseinstellung, Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens oder durch Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung gemäß § 807 ZPO oder auf sonstige Weise erwiesen ist und nennenswerte Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten, die von dem Darlehensnehmer oder von Dritten für den Darlehensgeber bestellt wurden, und aus der Verwertung des sonstigen Vermögens des Darlehensnehmers - sowie etwa mithaftender Dritter - nicht oder nicht mehr zu erwarten sind.

§ 7

**Anforderungen
an den Darlehensnehmer**

(1) Der Darlehensnehmer muß nach seinem Einkommen und seinen sonstigen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Lage sein, den Verpflichtungen aus dem Darlehen während der Darlehenslaufzeit nachzukommen. Die Bausparkasse hat diese Voraussetzung bei der Bewilligung des Darlehens mit der banküblichen Sorgfalt zu prüfen.

(2) Der Darlehensnehmer muß ferner

- a) der Bausparkasse schriftlich erklären, daß die Einzahlung des Bausparguthabens nicht mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang mit einer Kreditaufnahme steht,
- b) die Zustimmung des Vermieters und/oder des Eigentümers zu der finanzierten Modernisierungsmaßnahme durch Vorlage einer schriftlichen Einverständniserklärung nachweisen,
- c) alle ihm gegen den Vermieter und/oder Eigentümer bei Beendigung des Mietverhältnisses zustehenden Ansprüche an die Bausparkasse abtreten,
- d) alle ihm zustehenden Lohn-, Gehalts-, Provisions- und Pensionsforderungen gegen den derzeitigen und künftigen Arbeitgeber sowie sonstige laufenden Einkünfte

- an die Bausparkasse abtreten, soweit sie der Pfändung unterliegen,
- e) in Höhe des Darlehens eine Risikoversicherung bzw. Kapitallebensversicherung auf das Leben des Schuldners, bei mehreren Schuldnern eines Schuldners, abschließen und die Ansprüche aus dieser Lebensversicherung an die Bausparkasse abtreten. Anstelle einer solchen Besicherung kann die selbstschuldnerische Bürgschaft in Darlehenshöhe eines bonitätsmäßig einwandfreien Bürgen (nicht Ehegatte), der über ein angemessenes Einkommen nachhaltig verfügt, als Sicherheit dienen. Wird nur eine Risikolebensversicherung abgeschlossen, muß sie sich beziehen auf das Leben des Schuldners mit eigenen Einkünften.
- f) die Bausparkasse ermächtigen, alle ihr gegen den Darlehensnehmer zustehenden Sicherheiten - gleichgültig aus welchem Rechtsgrund - für das Darlehen zu verwenden.

(3) Die Abtretung nach Absatz 2 Buchstaben c, d und e wird dem Drittschuldner vorläufig nicht angezeigt; die Bausparkasse ist jedoch jederzeit dazu berechtigt. Bei gesamtschuldnerisch haftenden Eheleuten ist auch von dem persönlich mitverpflichteten Ehegatten die Abtretung seiner Ansprüche nach Absatz 2 Buchstaben c und d zu verlangen.

§ 8

Anrechnung der Zahlungen

(1) Bei der Bausparkasse eingehende Zahlungen werden gemäß § 367 BGB für Kosten einschließlich der Prämien für die obligatorische Versicherung, Zinsen und Tilgung verwendet.

(2) Hat die Bausparkasse einem Darlehensnehmer neben dem verbürgten Darlehen/Darlehensteil weitere Darlehen oder Darlehensteile gewährt und reichen eingehende Zahlungen nicht zur Bedienung aller Darlehen/Darlehensteile aus, so werden die Zahlungen auf das verbürgte Darlehen/den verbürgten Darlehensanteil angerechnet, bis alle fälligen Leistungen (Kosten, Zins- und Tilgungsbeträge) ausgeglichen sind. Ehegatten gelten insoweit als ein Darlehensnehmer.

§ 9

Übertragung und Verwertung der Sicherheiten

(1) Soweit der Bürge die Bausparkasse aus der Bürgschaft befriedigt, ist die Bausparkasse verpflichtet, ihr zustehende Rechte und Sicherheiten auf den Bürgen zu übertragen, soweit diese nicht bereits kraft Gesetzes übergehen.

(2) Die Bausparkasse ist verpflichtet, auf Verlangen die Rechte und Sicherheiten nach den Weisungen des Bürgen in dessen Namen und für dessen Rechnung zu verwerten und den Bürgen bei der Weiterverfolgung seines Ausfallanspruches zu unterstützen.

§ 10

Sonstige Pflichten der Bausparkasse

(1) Die Bausparkasse hat das verbürgte Darlehen mit banküblicher Sorgfalt zu gewähren und zu verwalten. Sie hat die bestimmungsgemäße Verwendung des Darlehens zu prüfen.

(2) Rechtsgeschäftliche Änderungen des Darlehensverhältnisses oder etwaiger Sicherheiten zum Nachteil des Bürgen sind nur mit dessen Zustimmung zulässig.

(3) Die Bausparkasse hat den Bürgen unverzüglich zu unterrichten, wenn

- ihr nach Übernahme der Bürgschaft eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Darlehensnehmers bekannt wird,
- die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrag aus sonstigen Gründen (z. B. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen) gefährdet erscheint,
- der Darlehensnehmer mit seinen Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrag mehr als 5 Monate in Verzug ist,
- sie beabsichtigt, Zwangsmaßnahmen einzuleiten,

e) sie ohne Zustimmung des Bürgen Stundungen von Zins- und Tilgungsleistungen für einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten gewährt.

(4) Die Bausparkasse hat den Darlehensnehmer auf die bestehende Bürgschaft hinzuweisen.

(5) Die Bausparkasse hat dem Bürgen jährlich den Bestand der verbürgten Darlehen mit folgenden Angaben mitzuteilen:

- Name des Bausparers und mithaftender Personen
- Nummer des Bausparvertrages
- Gesamtsumme aller per 31. Dezember noch valutierenden, verbürgter Darlehensbeträge.

Diese Bestandsmitteilung ist gesondert für jedes zurückliegende Geschäftsjahr dem Bürgen bis zum 15. Februar eines jeden Jahres zuzuleiten.

§ 11

Befreiung von der Bürgschaft

(1) Der Bürge haftet nicht aus der übernommenen Bürgschaft, wenn die Bausparkasse gegen die übernommenen Pflichten verstößt.

(2) Der Bürge ist berechtigt, sich jederzeit durch Zahlung oder Hinterlegung des verbürgten Betrages von der Bürgschaft zu befreien.

§ 12

Kündigung des Darlehens

Der Bürge kann die fristlose Kündigung oder Geltendmachung der Fälligkeit des Darlehens durch die Bausparkasse verlangen, wenn einer der im Darlehensvertrag der Bausparkasse geregelten Kündigungs- oder Fälligkeitsgründe vorliegen, insbesondere aber, wenn die in § 10 Abs. (3) genannten Voraussetzungen vorliegen.

§ 13

Einsicht in die Unterlagen

Der Bürge, der Minister für Landes- und Stadtentwicklung und der Landesrechnungshof haben gegenüber dem Darlehensgeber und dem Darlehensnehmer ein Prüfungsrecht und das Recht, Auskünfte zu verlangen. Das Prüfungs- und Auskunftsrecht gegenüber dem Darlehensgeber beschränkt sich auf die mit der Kreditgewährung im Zusammenhang stehenden Unterlagen. Die Prüfung durch den Landesrechnungshof regelt sich nach § 91 der Landeshaushaltsordnung.

§ 14

Bearbeitungsentgelt

(1) Für die Übernahme der Bürgschaft erhält der Bürge ein einmaliges Entgelt von 2 v. H. des verbürgten Betrages.

(2) Mit der Übersendung der Monatsliste ist das Bearbeitungsentgelt fällig und dem Bürgen zu überweisen. Ihm gegenüber ist die Bausparkasse Schuldnerin des Entgeltes.

§ 15

Kosten

Zusätzliche Kosten, die dem Bürgen durch Erfüllung und Abwicklung der Bürgschaft entstehen, sind dem Darlehensnehmer aufzuerlegen.

§ 16

Kündigung des Bürgschaftsvertrages

Der globale Bürgschaftsvertrag kann mit sechsmonatiger Frist zum Ende eines jeden Kalenderhalbjahres schriftlich gekündigt werden. Im Zeitpunkt des Vertragsablaufes übernommene Bürgschaften werden durch eine Kündigung nicht berührt.

§ 17

Erfüllungsort

Erfüllungsort für alle aus der Bürgschaft sich ergebenden Verbindlichkeiten ist Düsseldorf.

Bürgschaftserklärung

Zur Finanzierung der Modernisierung von Mietwohnungen durch Mieter gewährt die

Bauspardarlehen und Zwischenkredite an Mieter.

Für solche Darlehen übernimmt die

eine Ausfallbürgschaft bis zu einem Gesamtbetrag von

DM

(i. W.: DM)

aufgrund des Erlasses des Ministers

vom

nach Maßgabe der beigefügten „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Modernisierung von Mietwohnungen durch Mieter“ (AVB).

, den

- MBl. NW. 1982 S. 1400.

3210

Vereinfachung des Vordrucks zur Erlangung des Armenrechts

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 19. 7. 1982 - IV A 2 - 5023.5

Mein RdErl. v. 12. 8. 1957 (SMBl. NW. 3210) wird im Einvernehmen mit dem Justizminister aufgehoben.

- MBl. NW. 1982 S. 1402.

6022

Gemeindefinanzreform

Gem. RdErl. d. Innenministers
- III B 2 - 6/01 - 6825/82 -
u. d. Finanzministers
- KomF 1110 - 2 - I A 4 -
v. 15. 7. 1982

Aufgrund des § 8 der Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage vom 9. Dezember 1969 (GV. NW. S. 904), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. April 1982 (GV. NW. S. 220), - SGV. NW. 602 - wird folgendes bestimmt:

1 Verfahren

1.1 Die Gemeinden melden die Gewerbesteuerumlage gemäß § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Januar 1979 (BGBl. I S. 97), und nach § 5 Abs. 1 der Verordnung mit Vordruck - Anlage 1 - an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik.

Anlage 1

Eine Durchschrift der Meldung nach Absatz 1 ist gleichzeitig an das zuständige Finanzamt zu senden. Die nach § 6 der Verordnung zuständigen Finanzämter sind in der Anlage 2 bestimmt.

Anlage 2

1.2 Der den Gemeinden zustehende Anteil an der Einkommensteuer wird zu den in § 6 Abs. 4 Gemeindefinanzreformgesetz und § 2 der Verordnung genannten Terminen mit der abzuführenden Gewerbesteuerumlage verrechnet, so daß die Gemeinden entweder nur den die Gewerbesteuerumlage übersteigenden Ein-

kommensteueranteil erhalten oder die den Einkommensteueranteil übersteigende Gewerbesteuerumlage an die zuständige Oberfinanzkasse zahlen.

1.3 Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ermittelt aufgrund des Schlüssels und des Anteils an der Einkommensteuer sowie aufgrund der Meldungen nach Nr. 1.1 durch Gegenüberstellung den Betrag, der entweder an die Gemeinden noch auszuzahlen oder der von ihr an die Oberfinanzkasse abzuführen ist.

1.4 Die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erarbeiteten Unterlagen werden dem Innenminister zur Feststellung (vgl. § 4 Abs. 2 der Verordnung) zugeleitet.

1.5 Das Rechenzentrum der Finanzverwaltung erstellt die für die Zahlbarmachung erforderlichen Unterlagen.

1.6 Die Oberfinanzkasse Düsseldorf zahlt den die Gewerbesteuerumlage übersteigenden Anteil an der Einkommensteuer zu den in § 2 der Verordnung genannten Terminen an die Gemeinden aus.

1.7 Übersteigt bei der Gegenüberstellung nach Nr. 1.3 die Gewerbesteuerumlage den Anteil an der Einkommensteuer, ist der übersteigende Betrag zum nächsten in § 6 Abs. 4 Gemeindefinanzreformgesetz genannten Termin an die zuständige Oberfinanzkasse abzuführen.

1.8 Für die Zahlung nach § 2 Abs. 3, § 5 Abs. 2 der Verordnung (Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung) errechnet das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ohne Meldung der Gemeinden auf der Grundlage der Zahlungen, die für das dritte Quartal geleistet worden sind, welcher Betrag an die Gemeinden im Dezember ausgezahlt wird. Sofern bei der Zahlung für das dritte Quartal die Gewerbesteuerumlage den Anteil an der Einkommensteuer übersteigt, wird als abzuführende Gewerbesteuerumlage nur ein Betrag in Höhe des Anteils an der Einkommensteuerberücksichtigt.

1.9 Die Meldungen nach § 5 der Verordnung (vgl. Nr. 1.1) sind **rechtzeitig** dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und dem Finanzamt zu senden. Sollte dies ausnahmsweise nicht möglich sein, sind die abzuführenden Beträge fernmündlich voraus bis zu den in § 5 der Landesverordnung genannten Terminen dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitzuteilen; in diesen Fällen ist die schriftliche Meldung unverzüglich nachzureichen.

Kann infolge verspäteter Meldung die Gewerbesteuerumlage bei der Verrechnung nicht mehr berücksichtigt werden, ist sie in voller Höhe bis zu den in § 6 Abs. 4 Gemeindefinanzreformgesetz genannten Terminen an die zuständige Oberfinanzkasse zu zahlen.

2 Benachrichtigung der Gemeinden über ihren Anteil an der Einkommensteuer.

Die Gesamtsumme des auf die Gemeinden des Landes entfallenden Anteils an der Einkommensteuer nach dem Istaufkommen (vgl. § 2 Abs. 2 der Verordnung) wird vom Innenminister für jedes Vierteljahr durch besonderen Erlaß bekanntgegeben.

Neben der vierteljährlichen Bekanntgabe des auf die Gemeinden des Landes entfallenden Anteils an der Einkommensteuer erhält jede Gemeinde zusätzlich vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik vor den in § 6 Abs. 4 Gemeindefinanzreformgesetz und in § 2 der Verordnung genannten Terminen unmittelbar einen maschinell erstellten Bescheid. Die Bescheide werden vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik den kreisfreien Städten und Kreisen zugeleitet. Die Kreise haben sicherzustellen, daß die Bescheide den einzelnen Gemeinden rechtzeitig vor dem 1. 5., 1. 8. und 1. 11. jeden Jahres sowie vor dem 1. 2. des folgenden Jahres (§ 6 Abs. 4 des Gemeindefinanzreformgesetzes) zugehen.

3 Überörtliche Prüfung

Alle Angaben zur Gewerbesteuerumlage unterliegen der überörtlichen Prüfung.

Der Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Finanzministers v. 10. 12. 1969 (SMBl. NW. 6022) wird aufgehoben.

Anlage 2

**Bestimmung der Finanzämter
nach § 6 der Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung
des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung
der Gewerbesteuerumlage**

Nach § 6 der o. a. Verordnung werden als zuständige Finanzämter, an die die Gewerbesteuerumlage zu melden ist, bestimmt:

Für das Gebiet der kreisfreien Stadt	Zuständig
Düsseldorf	Finanzamt Düsseldorf-Altstadt
Duisburg	Finanzamt Duisburg-Süd
Essen	Finanzamt Essen-Nord
Mönchengladbach	Finanzamt Mönchengladbach-Mitte
Oberhausen	Finanzamt Oberhausen-Süd
Solingen	Finanzamt Solingen-Ost
Wuppertal	Finanzamt Wuppertal-Elberfeld
Aachen	Finanzamt Aachen-Stadt
Bonn	Finanzamt Bonn-Innenstadt
Köln	Finanzamt Köln-Altstadt
Bielefeld	Finanzamt Bielefeld-Innenstadt
Gelsenkirchen	Finanzamt Gelsenkirchen-Süd
Herne	Finanzamt Herne-Ost
Dortmund	Finanzamt Dortmund-Süd
Münster	Finanzamt Münster-Innenstadt

9210

Anlage und Verwendung von Prüfhöfen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 26. 7. 1982 - IV/A 2 - 21 - 02/433 - 46/82

Mein RdErl. v. 13. 2. 1969 (SMBl. NW. 9210) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1982 S. 1405.

9210

Richtlinien für die Prüfung von Bewerbern um eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung in Kraftomnibussen (Busfahrer-Prüfungsrichtlinien)

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 26. 7. 1982 - IV/A 2 - 21 - 09/11 - 47/82

Der RdErl. v. 3. 2. 1978 (SMBl. 9210) erhält folgende Fassung:

Die oben bezeichneten und im VkB. 1977 S. 327 veröffentlichten Richtlinien sind überarbeitet und die entsprechenden Änderungen im VkB. 1982 S. 220 veröffentlicht worden.

Ich bitte, die Änderungen ab 1. 1. 1983 zu beachten. Im übrigen wird Abschnitt III der Richtlinien wie folgt ergänzt:

- 2.6 Zur praktischen Prüfung werden nur Bewerber zugelassen, die in der theoretischen Prüfung nachgewiesen haben, daß sie die nach Abschnitt II Nr. 1 erforderlichen Kenntnisse besitzen.
- 2.7 Auch bei Nichtbestehen der Prüfung über die Funktions- und Sicherheitskontrolle sowie Handfertigkeiten (Abschnitt II Nr. 2.1) darf die Prüfungsfahrt durchgeführt werden.

Die Prüfung nach Abschnitt II Nr. 2.1 kann als selbständiger Teil der praktischen Prüfung wiederholt werden. Hierfür ist eine Gebühr zu erheben, die höchstens das Doppelte des Betrages, der für den theoretischen Teil der Prüfung erhoben wird, beträgt.

- MBl. NW. 1982 S. 1405.

9220

Verkehrsregelung, Verkehrszeichen und -einrichtungen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 15. 7. 1982 - IV/A 3 - 70 - 00/10 - 45/82

Meine RdErl. v. 4. 3. 1954 und 30. 4. 1959 (SMBl. NW. 9220) werden aufgehoben.

- MBl. NW. 1982 S. 1405.

II.

Innenminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels des Regierungspräsidenten in Arnsberg

Bek. d. Innenministers v. 26. 7. 1982 -
II C 3/15-36.10

Beim Regierungspräsidenten Arnsberg ist das nachstehend näher bezeichnete Dienstsiegel mit dem Landeswappen des Landes Nordrhein-Westfalen abhanden gekommen.

Dieses Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Siegels führen könnten, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Regierungspräsidenten Arnsberg mitzuteilen.

Beschreibung des Dienstsiegels:

Gummistempel, Durchmesser 34 mm

Umschrift: „Regierungspräsident Arnsberg“
und Kenn-Nr. „73“.

- MBl. NW. 1982 S. 1405.

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Innenministers v. 28. 7. 1982 -
II B - BD - 011 - 14

Der Dienstausweis Nr. 1290 der Regierungsangestellten Gerda Gnaegy, wohnhaft in Düsseldorf-Benrath, Paulsmühlenstr. 64, ausgestellt am 28. 2. 1972 vom Innenminister des Landes NW., ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Innenminister des Landes NW. in Düsseldorf zuzuleiten.

- MBl. NW. 1982 S. 1405.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

Pauschalierte Straßenbauzuweisungen im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds (§§ 4 und 25 GFG 1982)

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 21. 7. 1982 - VI A 4 - 09 - 32 (57)

- 1 Kraftfahrzeugsteuerverbund
 - 1.1 Nach § 4 Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1982 - vom 2. Februar 1982 (GV. NW. S. 42) erhalten die Gemeinden und Kreise zu den Kosten, die ihnen als Träger der Straßenbaulast erwachsen, einen schlüsselmäßig zu verteilenden Betrag in Höhe von 25 v. H. der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (Kraftfahrzeugsteuerverbund). Dieser Anteil der Gemeinden und Kreise ist nach dem Ansatz der Kraftfahrzeugsteuereinnahmen im Landeshaushalt 1982 bemessen; der Ausgleich nach dem Ergebnis des Haushaltsjahres 1982 wird spätestens im Haushaltsjahr 1984 vorgenommen.
 - 1.2 Die Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise erhöhen sich gemäß § 4 Abs. 3 GFG 1982 um einen Ausgleichsbetrag aus der Abrechnung des Kraftfahrzeugsteuerverbunds 1979 und 1980 (§ 25 Abs. 1 Satz 2 GFG 1982) in Höhe von 18 847 800 DM.

- 1.3 Nach Maßgabe des Haushaltsplans ergeben sich daraus folgende Zuweisungen für 1982

	Für die Gemeinden DM	Für die Kreise DM
1.31 Aus dem Kfz- Steueraufkommen 1982 (§ 25 Abs. 1 Satz 1 GFG 1982)	295 000 000	147 500 000
1.32 Abrechnungsbetrag aus dem Kfz-Steuer- Verbund 1979 und 1980 (§ 25 Abs. 1 Satz 2 GFG 1982)	+ 12 565 200	+ 6 282 600
1.33 Zuweisungen nach § 25 Abs. 1 Satz 1 und 2 GFG 1982	307 565 200	153 782 600
1.34 Verwendbare Rückflüsse (Reste 1981)	-	-
1.35 Gesamtbetrag 1982	<u>307 565 200</u>	<u>153 782 600</u>

- 1.4 Die Zweckbestimmung dieser Mittel ist durch §§ 4 und 25 GFG 1982 festgelegt. Danach können die Gemeinden und Kreise diese Mittel für folgende Zwecke verwenden:

- 1.41 gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 zur Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbaulast (vgl. Nr. 4.31),
- 1.42 gemäß § 25 Abs. 3 bis zu 50 v. H. des auf sie entfallenden schlüsselmäßigen Anteils zur Deckung von Belastungen aus Maßnahmen des Baues und der Unterhaltung von Anlagen
- 1.421 des öffentlichen Personennahverkehrs (vgl. Nr. 4.32)
- 1.422 des Schienengüterverkehrs nichtbundeseigener Eisenbahnen in überwiegend kommunaler Trägerschaft (vgl. Nr. 4.33) sowie
- 1.423 des Umweltschutzes im Verkehrsbereich und der Verkehrssicherheit (vgl. Nr. 4.34).

2 Aufteilung der Mittel

Anlagen
1 und 2

- 2.1 Die Beträge nach Nr. 1.35 werden hiermit gem. § 25 Abs. 2 GFG 1982 wie aus den Anlagen 1 und 2 ersichtlich errechnet und festgesetzt.
Für die schlüsselmäßige Aufteilung der Finanzzuweisungen gilt folgende Regelung:
- 2.11 Die Zuweisungen für Gemeinden werden gem. § 25 Abs. 2 Satz 2 nach einem Einwohnerschlüssel aufgeteilt; für Gemeinden mit Baulast klassifizierter Straßen wird der 1,8-fache Kopfbetrag gezahlt. Der einfache Kopfbetrag beträgt aufgerundet 11,94 DM, der 1,8-fache Kopfbetrag aufgerundet 21,49 DM.
- 2.12 Die Zuweisungen für Kreise werden gem. § 25 Abs. 2 Satz 3 nach einem strukturbezogenen Schlüssel aufgeteilt, der folgende Daten berücksichtigt: Einwohnerzahl der Kreise mit 25 v. H., Länge der Kreisstraßen mit 50 v. H. und Fläche der Kreise mit 25 v. H.
- 2.13 Die bei der Aufteilung dieser Zuweisungen maßgebende Einwohnerzahl sowie der Stichtag für die der Aufteilung zugrunde zu legenden Daten sind durch § 37 GFG 1982 festgelegt.
- 2.2 Sofern die der Aufteilung der Zuweisungen in den Anlagen 1 und 2 zugrunde liegenden Daten nachträglich berichtigt werden müssen, ist der entsprechende Ausgleich in einem späteren Jahr vorzunehmen. Von einem Ausgleich ist abzusehen, wenn er zu einer Änderung der Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund und dem Kfz-Steuer-Verbund von nicht mehr als 5000 DM führen würde (§ 36 GFG 1982).

3 Zuweisungen und Auszahlung der Mittel

- 3.1 Die in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Mittel werden den Regierungspräsidenten zur Bewirtschaftung zugewiesen.

- 3.2 Die Regierungspräsidenten weisen die auf die verschiedenen Baulastträger nach den Anlagen 1 und 2 entfallenden Beträge den Gemeinden und Kreisen zu.

- 3.3 Die Zuweisungen werden von der Landeshauptkasse in Teilbeträgen ausgezahlt, und zwar am 22. 3. mit drei Achteln unter Anrechnung der bereits geleisteten Vorauszahlungen 1982, am 21. 8. und 20. 9. mit jeweils einem Viertel sowie am 20. 12. mit einem Achtel des festgesetzten Gesamtbetrages.

4 Grundsätze für die Bewirtschaftung

- 4.1 Die Zuweisungen sind sparsam und wirtschaftlich zu verwenden (§ 62 Abs. 2 GO. NW.).

- 4.2 Die Zuweisungen sind ausschließlich zur Deckung der von den Gemeinden und Kreisen zu tragenden Kosten bestimmt, für die Kostenanteile Dritter nicht herangezogen werden können (§ 41 Abs. 2 GFG 1982), sie dürfen nicht zur Deckung der den Gemeinden und Kreisen bei der Durchführung der Maßnahmen entstehenden allgemeinen Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten verwendet werden (§ 42 GFG 1982).

- 4.3 Aus diesen Zuweisungen können finanziert werden:

- 4.31 Ausgaben im Rahmen der Straßenbaulast (Nr. 1.41). Diese können sich insbesondere aus § 3 FStrG und § 9 LStrG, § 5 b StVG sowie §§ 11 bis 13 EKrG ergeben; daneben wird auf die Hinweise für die Buchung der Ausgaben in Anlage 3 des Gem. RdErl. v. 11. 3. 1968 (MBl. NW. S. 364) sowie auf meinen ergänzenden RdErl. v. 20. 12. 1977 (MBl. NW 1978 S. 233) verwiesen.

- 4.32 Ausgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (Nr. 1.421)

- für Maßnahmen zur Unterhaltung ortsfester Anlagen (Anlage 3 dieses Runderlasses), soweit diese Kosten nicht durch besondere Unterhaltungszuschüsse des Landes für Versuchsstrecken gedeckt sind,

- zur Abdeckung des Eigenanteils an den zuwendungsfähigen Kosten (vgl. § 4 GVFG und Nr. 5 VV-GVFG mit den hierzu erlassenen ergänzenden Bestimmungen - SMBl. NW. 910 -) bei den vom Land objektbezogenen geförderten Baumaßnahmen,

- für die Unterhaltung und Instandsetzung von Park-and-Ride-Anlagen (vgl. hierzu Nrn. 3.3 und 4.3 des Gem. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr u. d. Innenministers v. 29. 2. 1980 - SMBl. NW. 910 -).

- 4.33 Ausgaben des Schienengüterverkehrs nichtbundeseigener Eisenbahnen in überwiegend kommunaler Trägerschaft nach Maßgabe der Anlage 4.

- 4.34 Ausgaben für Anlagen des Umweltschutzes im Verkehrsbereich und der Verkehrssicherheit (Nr. 1.423), soweit die Gemeinden und Kreise diese im Verkehrsbereich über ihre gesetzlichen Verpflichtungen aus der Straßenbaulast erstellen oder ausbauen. Hierzu sind insbesondere zu rechnen

- Maßnahmen des aktiven oder passiven Lärmschutzes (vgl. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 20. 4. 1978 und 24. 9. 1979 - SMBl. NW. 910 -),

- Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten (vgl. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 29. 2. 1980 - SMBl. NW. 910 -).

- 4.4 Soweit diese pauschalierten Zuweisungen an rechtlich selbständige Unternehmen zur Finanzierung von Belastungen i. S. der Nr. 4.32 oder 4.33 weitergeleitet werden, gilt Nr. 12 der VVG zu § 44 LHO. In diesen Fällen ist sicherzustellen, daß auch der Letzempfänger die Bestimmungen der Nrn. 4.1, 4.2 und 4.32 dieses Runderlasses beachtet.

- 4.5 Die nach 5 Jahren seit dem Ablauf des Auszahlungsjahres nicht im Rahmen der Zweckbestim-

Anlage 3

Anlage 4

mung verwendeten Beträge sind gem. § 25 Abs. 4 GFG 1982 an das Land zurückzuzahlen.

5 Nachweis der Verwendung

5.1 Die Mittel und die entsprechenden Ausgaben sind nach den Haushaltsvorschriften für die Gemeinden in den Haushaltsplan aufzunehmen; dabei ist insbesondere Nr. 8.13 Buchst. b) der Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände, RdErl. d. Innenministers v. 12. 1. 1973 (SMBl. NW. 6300), zu beachten. Auf die Verwaltungsvorschriften Nrn. 1 und 2 zu § 17 GemHVO wird hingewiesen.

5.2 Gemeinden und Kreise, welche Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichsstock zur Abdeckung von Rechnungsfehlbeträgen erhalten, haben die pauschalierten Straßenzuweisungen zur Finanzierung der notwendigen Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen. Falls die pauschalierten Zuweisungen höher sind als die Ausgaben für Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen, dürfen sie insoweit zur Finanzierung von Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen im Vermögenshaushalt veranschlagt werden.

5.3 Die haushaltmäßige Veranschlagung und der rechnungsmäßige Nachweis sind im übrigen so zu gestalten, daß die Mittelverwendung für die unter den Nrn. 1.41 und 1.42 aufgeführten Maßnahmen anhand der Bücher und Belege gesondert geprüft werden kann.

6 Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung

6.1 Die zweckentsprechende Verwendung dieser Mittel wird im Rahmen der überörtlichen Prüfung nach § 103 Abs. 1 Nr. 2 der Gemeindeordnung überwacht.

1408 68

Straßenbaulastpauschale 1982
- Gemeinden -

Anlage 1

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Straßenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahr	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
. REG.-BEZ. DUESSELDORF	5 239 429	.	101 556 817,29	0,00	101 556 817,29
. REG.-BEZ. KOELN	3 962 843	.	67 394 686,68	3 961,00	67 398 647,68
. RHEINLAND ZUSAMMEN	9 202 272	.	168 951 503,97	3 961,00	168 955 464,97
. REG.-BEZ. MÜNSTER	2 430 783	.	42 351 169,95	0,00	42 351 169,95
. REG.-BEZ. DETMOLD	1 854 852	.	29 147 123,94	0,00	29 147 123,94
. REG.-BEZ. ARNSBERG	3 718 559	.	67 111 441,14	0,00	67 111 441,14
. WESTFALEN ZUSAMMEN	8 083 394	.	138 609 735,03	0,00	138 609 735,03
. NORDRHEIN-WESTFALEN INSGESAMT	17 205 666	.	307 561 239,00	3 961,00	307 565 200,00
. NW, KREISFREIE STAEDTE	7 675 666	.	164 965 458,11	0,00	164 965 458,11
. NW, KREISANGEN. GEMEINDEN	9 530 000	.	142 595 780,89	3 961,00	142 599 741,89
. REG.-BEZ. DUESSELDORF, KREISE	1 847 315	.	28 653 483,57	0,00	28 653 483,57
. REG.-BEZ. KOELN, KREISE	2 276 951	.	31 161 486,05	3 961,00	31 165 447,05
. REG.-BEZ. MÜNSTER, KREISE	1 733 798	.	27 371 564,29	0,00	27 371 564,29
. REG.-BEZ. DETMOLD, KREISE	1 539 396	.	22 384 535,37	0,00	22 384 535,37
. REG.-BEZ. ARNSBERG, KREISE	2 132 540	.	33 024 711,61	0,00	33 024 711,61
111000 DUESSELDORF, KRFR STADT	592 397	1,8	12 731 799,75	0,00	12 731 799,75
112000 DUISBURG, KRFR STADT	558 489	1,8	12 003 048,82	0,00	12 003 048,82
113000 ESSEN, KRFR STADT	647 758	1,8	13 921 618,69	0,00	13 921 618,69
114000 KREFELD, KRFR STADT	225 521	1,8	4 846 898,64	0,00	4 846 898,64
116000 MOENCHENGLADBACH, KRFR STADT	268 714	1,8	5 775 202,84	0,00	5 775 202,84
117000 MUELHEIM A.D. RUHR, KRFR STADT	181 733	1,8	3 905 806,69	0,00	3 905 806,69
119000 OBERHAUSEN, KRFR STADT	228 948	1,8	4 920 551,74	0,00	4 920 551,74
120000 REMSCHEID, KRFR STADT	129 082	1,8	2 774 231,09	0,00	2 774 231,09
122000 SOLINGEN, KRFR STADT	166 085	1,8	3 569 499,78	0,00	3 569 499,78
124000 MUPPERTAL, KRFR STADT	393 387	1,8	8 454 675,68	0,00	8 454 675,68
313000 AACHEN, KRFR STADT	246 037	1,8	5 287 828,63	0,00	5 287 828,63
314000 BONN, KRFR STADT	293 783	1,8	6 313 985,94	0,00	6 313 985,94
315000 KOELN, KRFR STADT	985 241	1,8	21 174 805,28	0,00	21 174 805,28
316000 LEVERKUSEN, KRFR STADT	160 831	1,8	3 456 580,78	0,00	3 456 580,78
512000 BOTTROP, KRFR STADT	114 571	1,8	2 462 360,60	0,00	2 462 360,60
513000 GELSENKIRCHEN, KRFR STADT	304 392	1,8	6 541 994,63	0,00	6 541 994,63
515000 MÜNSTER (WESTF.), KRFR STADT	278 022	1,8	5 975 250,43	0,00	5 975 250,43
711000 BIELEFELD, KRFR STADT	314 656	1,8	6 762 588,57	0,00	6 762 588,57
911000 BOCHUM, KRFR STADT	400 757	1,8	8 613 071,76	0,00	8 613 071,76
913000 DORTMUND, KRFR STADT	611 538	1,8	13 143 178,24	0,00	13 143 178,24
914000 HAGEN, KRFR STADT	218 929	1,8	4 705 223,34	0,00	4 705 223,34
915000 HAMB, KRFR STADT	172 253	1,8	3 702 062,47	0,00	3 702 062,47
916000 HERNE, KRFR STADT	182 542	1,8	3 923 193,72	0,00	3 923 193,72
. NW, KREISFREIE STAEDTE	7 675 666	.	164 965 458,11	0,00	164 965 458,11
111000 DUESSELDORF, KRFR STADT	592 397	1,8	12 731 799,75	0,00	12 731 799,75
112000 DUISBURG, KRFR STADT	558 489	1,8	12 003 048,82	0,00	12 003 048,82
113000 ESSEN, KRFR STADT	647 758	1,8	13 921 618,69	0,00	13 921 618,69
114000 KREFELD, KRFR STADT	225 521	1,8	4 846 898,64	0,00	4 846 898,64
116000 MOENCHENGLADBACH, KRFR STADT	268 714	1,8	5 775 202,84	0,00	5 775 202,84
117000 MUELHEIM A.D. RUHR, KRFR STADT	181 733	1,8	3 905 806,69	0,00	3 905 806,69
119000 OBERHAUSEN, KRFR STADT	228 948	1,8	4 920 551,74	0,00	4 920 551,74
120000 REMSCHEID, KRFR STADT	129 082	1,8	2 774 231,09	0,00	2 774 231,09
122000 SOLINGEN, KRFR STADT	166 085	1,8	3 569 499,78	0,00	3 569 499,78
124000 MUPPERTAL, KRFR STADT	393 387	1,8	8 454 675,68	0,00	8 454 675,68
. RP DUESSELDORF KRFR STAEDTE	3 392 114	.	72 903 333,72	0,00	72 903 333,72
. KLEVE, KREIS	263 716	.	3 148 769,89	0,00	3 148 769,89
. METTMANN, KREIS	483 229	.	7 515 460,78	0,00	7 515 460,78
. NEUSS, KREIS	412 973	.	6 937 383,05	0,00	6 937 383,05
. VIERSEN, KREIS	271 144	.	4 816 196,78	0,00	4 816 196,78
. WESEL, KREIS	416 253	.	7 035 673,15	0,00	7 035 673,15
. REG.-BEZ. DUESSELDORF, KREISE	1 847 315	.	28 653 483,57	0,00	28 653 483,57
. REG.-BEZ. DUESSELDORF	5 239 429	.	101 556 817,29	0,00	101 556 817,29

Straßenbaulastpauschale 1982
- Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
154004 BEDBURG-HAU	13 940	1,0	166 443,64	0,00	166 443,64
154008 EMMERICH, STADT	29 336	1,0	350 271,93	0,00	350 271,93
154012 GELDERN, STADT	26 230	1,0	313 186,28	0,00	313 186,28
154016 GOCH, STADT	29 827	1,0	356 134,48	0,00	356 134,48
154020 ISSUM	10 044	1,0	119 925,39	0,00	119 925,39
154024 KALKAR, STADT	11 417	1,0	136 319,02	0,00	136 319,02
154028 KERKEN	10 276	1,0	122 695,47	0,00	122 695,47
154032 KEVELAER, STADT	21 632	1,0	250 286,15	0,00	250 286,15
154036 KLEVE, STADT	44 027	1,0	525 682,52	0,00	525 682,52
154040 KRANENBURG	7 849	1,0	93 717,09	0,00	93 717,09
154044 REES, STADT	17 443	1,0	208 269,48	0,00	208 269,48
154048 RHEURDT	5 607	1,0	66 947,60	0,00	66 947,60
154052 STRAELEN, STADT	11 557	1,0	137 990,62	0,00	137 990,62
154056 UEDEN	6 422	1,0	76 678,70	0,00	76 678,70
154060 NACHTENDONK	5 602	1,0	69 275,90	0,00	69 275,90
154064 HEEZE	12 307	1,0	146 945,62	0,00	146 945,62
. KLEVE, KREIS	263 716	.	3 148 769,89	0,00	3 148 769,89
158004 ERKRATH, STADT	43 715	1,0	521 957,24	0,00	521 957,24
158008 HAAN, STADT	28 571	1,0	341 137,83	0,00	341 137,83
158012 HEILIGENHAUS, STADT	29 661	1,0	354 152,44	0,00	354 152,44
158016 HILDEN, STADT	53 343	1,0	636 915,59	0,00	636 915,59
158020 LANGENFELD (RHLD.), STADT	47 027	1,0	561 502,53	0,00	561 502,53
158024 METTMANN, STADT	36 681	1,0	437 971,26	0,00	437 971,26
158026 MONHEIM, STADT	40 561	1,0	484 298,47	0,00	484 298,47
158028 RATINGEN, STADT	89 702	1,8	1 927 875,90	0,00	1 927 875,90
158032 VELBERT, STADT	93 056	1,8	1 999 960,09	0,00	1 999 960,09
158036 MUELFRATH, STADT	28 912	1,0	249 689,35	0,00	249 689,35
. METTMANN, KREIS	483 229	.	7 515 460,70	0,00	7 515 460,70
162004 DORNAGEN, STADT	56 645	1,0	676 341,48	0,00	676 341,48
162008 GREVENBROICH, STADT	60 705	1,8	1 304 672,21	0,00	1 304 672,21
162012 JUECHEN	20 881	1,0	249 319,21	0,00	249 319,21
162016 KAARST	35 137	1,0	455 355,90	0,00	455 355,90
162020 KORSCHENBROICH	26 172	1,0	312 493,76	0,00	312 493,76
162022 HEERBUSCH, STADT	49 899	1,0	595 794,22	0,00	595 794,22
162024 NEUSS, STADT	149 354	1,8	3 209 917,03	0,00	3 209 917,03
162028 ROMMERSKIRCHEN	11 180	1,0	133 489,24	0,00	133 489,24
. NEUSS, KREIS	412 973	.	6 937 383,05	0,00	6 937 383,05
166004 BRUEGGEN	13 245	1,0	158 145,34	0,00	158 145,34
166008 GREFRATH	13 778	1,0	164 509,36	0,00	164 509,36
166012 KEMPEN, STADT	31 174	1,0	372 217,66	0,00	372 217,66
166016 HETTETAL, STADT	37 303	1,0	445 397,94	0,00	445 397,94
166020 NIEDERKRUECHTEN	16 985	1,0	202 800,95	0,00	202 800,95
166024 SCHALMTAL	14 841	1,0	177 201,59	0,00	177 201,59
166028 TOENISVORST, STADT	22 717	1,0	271 241,05	0,00	271 241,05
166032 VIERSEN, STADT	81 526	1,8	1 752 157,26	0,00	1 752 157,26
166036 WILLICH, STADT	39 575	1,0	472 525,63	0,00	472 525,63
. VIERSEN, KREIS	271 144	.	4 016 196,78	0,00	4 016 196,78

Straßenbauleistpauschale 1982
 - Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zustügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbauleist- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
170004 ALPEN	9 719	1,0	116 044,89	0,00	116 044,89
170008 DINSLAKEN, STADT	59 473	1,8	1 278 194,06	0,00	1 278 194,06
170012 HAMMINKELN	21 857	1,0	260 972,65	0,00	260 972,65
170016 HUENXE	12 213	1,0	145 823,26	0,00	145 823,26
170020 KAMP-LINTFORT, STADT	37 961	1,0	453 254,46	0,00	453 254,46
170024 MOERS, STADT	99 924	1,8	2 147 567,19	0,00	2 147 567,19
170028 NEUKIRCHEN-VLUYN	25 632	1,0	306 046,16	0,00	306 046,16
170032 RHEINBERG, STADT	26 332	1,0	314 404,16	0,00	314 404,16
170036 SCHERMBECK	11 954	1,0	142 730,80	0,00	142 730,80
170040 SONSBECK	6 668	1,0	79 615,94	0,00	79 615,94
170044 VOERDE (NIEDERRHEIN)	31 568	1,0	377 160,82	0,00	377 160,82
170048 WESEL, STADT	56 852	1,8	1 221 863,51	0,00	1 221 863,51
170052 XANTEN, STADT	16 080	1,0	191 995,25	0,00	191 995,25
. WESEL, KREIS	416 253	.	7 035 673,15	0,00	7 035 673,15
. REG.-BEZ. DUESSELDORF, KREISE	1 847 315	.	28 653 483,57	0,00	28 653 483,57
313000 AACHEN, KRFR STADT	246 037	1,8	5 287 828,63	0,00	5 287 828,63
314000 BONN, KRFR STADT	293 783	1,8	6 313 985,94	0,00	6 313 985,94
315000 KOELN, KRFR STADT	985 241	1,8	21 174 805,28	0,00	21 174 805,28
316000 LEVERKUSEN, KRFR STADT	160 831	1,8	3 456 580,78	0,00	3 456 580,78
. RP KOELN, KRFR STAEDTE	1 685 892	.	36 233 200,63	0,00	36 233 200,63
. AACHEN, KREIS	289 851	.	4 532 031,21	0,00	4 532 031,21
. GUEREN, KREIS	239 758	.	3 707 043,84	0,00	3 707 043,84
. ERFTKREIS, KREIS	400 003	.	5 261 288,39	0,00	5 261 288,39
. EUSKIRCHEN, KREIS	159 009	.	1 898 567,98	0,00	1 898 567,98
. HEINSBERG, KREIS	223 147	.	2 664 375,89	0,00	2 664 375,89
. OBERBERGISCHE KREIS	247 367	.	2 953 562,79	0,00	2 953 562,79
. RHEIN.-BERG. KREIS	250 235	.	3 974 987,86	3 961,00	3 978 948,86
. RHEIN-SIEG-KREIS	467 584	.	6 169 628,89	0,00	6 169 628,89
. REG.-BEZ. KOELN, KREISE	2 276 951	.	31 161 486,05	3 961,00	31 165 447,05
. REG.-BEZ. KOELN	3 962 843	.	67 394 684,68	3 961,00	67 398 645,68
354004 ALSDORF, STADT	46 373	1,0	553 693,77	0,00	553 693,77
354008 BAESWEILER, STADT	23 509	1,0	280 697,54	0,00	280 697,54
354012 ESCHWEILER, STADT	53 862	1,8	1 157 602,42	0,00	1 157 602,42
354016 HERZOGENRATH, STADT	42 722	1,0	510 100,82	0,00	510 100,82
354020 MONSCHAU, STADT	10 993	1,0	131 256,46	0,00	131 256,46
354024 ROETGEN	5 959	1,0	71 150,48	0,00	71 150,48
354028 SIMMERATH	13 303	1,0	158 837,86	0,00	158 837,86
354032 STOLBERG (RHLD.), STADT	58 283	1,8	1 252 618,57	0,00	1 252 618,57
354036 MUERSELEN, STADT	34 847	1,0	416 073,29	0,00	416 073,29
. AACHEN, KREIS	289 851	.	4 532 031,21	0,00	4 532 031,21
358004 ALDENHOVEN	12 318	1,0	146 981,44	0,00	146 981,44
358008 DUEREN, STADT	88 397	1,8	1 899 828,84	0,00	1 899 828,84
358012 HEIMBACH, STADT	4 487	1,0	53 574,79	0,00	53 574,79
358016 HUERTGENMELD	7 119	1,0	85 800,88	0,00	85 800,88
358020 INDEN	7 948	1,0	94 899,15	0,00	94 899,15
358024 JUELICH, STADT	30 449	1,0	363 561,16	0,00	363 561,16
358028 KREUZAU	14 199	1,0	169 536,11	0,00	169 536,11
358032 LANGERWEHE	11 198	1,0	133 704,16	0,00	133 704,16
358036 LINNICH, STADT	13 209	1,0	157 715,50	0,00	157 715,50
358040 MERZENICH	7 411	1,0	88 487,34	0,00	88 487,34
358044 NIDEGGEN, STADT	7 634	1,0	91 149,98	0,00	91 149,98

Straßenbaulastpauschale 1982
- Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
358048 NIEDERZIER	11 776	1,0	140 605,48	0,00	140 605,48
358052 NOERVENICH	9 392	1,0	112 140,51	0,00	112 140,51
358056 TITZ	7 339	1,0	87 627,68	0,00	87 627,68
358060 VETTWEISS	6 887	1,0	82 230,80	0,00	82 230,80
. QUEREN, KREIS	239 755	.	3 707 043,84	0,00	3 707 043,84
362004 BEDBURG, STADT	18 801	1,0	224 484,00	0,00	224 484,00
362008 BERGHEIM, STADT	54 318	1,0	648 557,09	0,00	648 557,09
362012 BRUEHL, STADT	42 899	1,0	512 214,20	0,00	512 214,20
362016 ELSDORF	17 495	1,0	208 890,36	0,00	208 890,36
362020 ERFTSTADT, STADT	43 215	1,0	515 987,24	0,00	515 987,24
362024 FRECHEN, STADT	43 653	1,0	521 216,96	0,00	521 216,96
362028 HUERTH, STADT	50 601	1,0	1 091 815,39	0,00	1 091 815,39
362032 KERPEN, STADT	54 937	1,0	655 947,96	0,00	655 947,96
362036 PULHEIM	44 870	1,0	535 747,94	0,00	535 747,94
362040 WESSELING, STADT	29 014	1,0	346 427,25	0,00	346 427,25
. ERFTKREIS, KREIS	400 003	.	5 261 288,39	0,00	5 261 288,39
366004 BAD MUENSTEREIFEL, STADT	14 566	1,0	173 918,09	0,00	173 918,09
366008 BLANKENHEIM	7 864	1,0	93 896,19	0,00	93 896,19
366012 DAHLEM	3 767	1,0	44 977,99	0,00	44 977,99
366016 EUSKIRCHEN, STADT	45 326	1,0	541 192,59	0,00	541 192,59
366020 HELLENTHAL	8 616	1,0	102 875,07	0,00	102 875,07
366024 KALL	9 400	1,0	112 236,03	0,00	112 236,03
366028 MECHERNICH, STADT	21 673	1,0	258 775,69	0,00	258 775,69
366032 METTERSHEIM	6 002	1,0	71 663,90	0,00	71 663,90
366036 SCHLEIDEN, STADT	12 488	1,0	149 186,76	0,00	149 186,76
366040 WEILERSWIST	12 769	1,0	152 461,90	0,00	152 461,90
366044 ZUELPICH, STADT	16 538	1,0	197 463,77	0,00	197 463,77
. EUSKIRCHEN, KREIS	159 009	.	1 898 567,98	0,00	1 898 567,98
370004 ERKELENZ, STADT	36 797	1,0	439 356,30	0,00	439 356,30
370008 GANGELT	9 329	1,0	111 388,29	0,00	111 388,29
370012 GEILENKIRCHEN, STADT	23 055	1,0	275 276,77	0,00	275 276,77
370016 HEINSBERG (RHLD.), STADT	36 822	1,0	439 654,80	0,00	439 654,80
370020 HUECKELHOVEN, STADT	35 502	1,0	423 893,99	0,00	423 893,99
370024 SELFKANT	8 158	1,0	97 406,55	0,00	97 406,55
370028 UEBACH-PALENBERG, STADT	22 870	1,0	273 067,87	0,00	273 067,87
370032 WALDFEUCHT	7 113	1,0	84 929,24	0,00	84 929,24
370036 MASSENBERG, STADT	15 268	1,0	182 299,97	0,00	182 299,97
370040 WEGBERG, STADT	28 233	1,0	337 102,11	0,00	337 102,11
. HEINSBERG, KREIS	223 147	.	2 664 375,89	0,00	2 664 375,89

Straßenbaulastpauschale 1982
 - Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
374004 BERGNEUSTADT, STADT	18 015	1,0	215 099,16	0,00	215 099,16
374008 ENGELSKIRCHEN	17 984	1,0	214 729,02	0,00	214 729,02
374012 GUMMERSBACH, STADT	48 660	1,0	581 000,56	0,00	581 000,56
374016 HUECKESHAGEN, STADT	14 592	1,0	174 228,53	0,00	174 228,53
374020 LINDLAR	16 991	1,0	202 872,59	0,00	202 872,59
374024 MARIENMEIDE	13 009	1,0	155 327,50	0,00	155 327,50
374028 MORSBACH	10 172	1,0	121 453,71	0,00	121 453,71
374032 NUEMBRECHT	11 300	1,0	134 922,04	0,00	134 922,04
374036 RADEVORHMALD, STADT	23 607	1,0	281 867,66	0,00	281 867,66
374040 REICHSHOF	16 064	1,0	191 804,21	0,00	191 804,21
374044 MALOBROEL, STADT	15 088	1,0	180 150,77	0,00	180 150,77
374048 WIEHL, STADT	21 102	1,0	251 957,95	0,00	251 957,95
374052 HIPPERFUERTH, STADT	20 783	1,0	248 149,09	0,00	248 149,09
. OBERBERGISCHER KREIS	247 367	.	2 953 562,79	0,00	2 953 562,79
378004 BERGISCH GLADBACH, STADT	103 348	1,0	2 221 155,81	0,00	2 221 155,81
378008 BURSCHEID, STADT	15 616	1,0	186 455,09	0,00	186 455,09
378012 KUERTEN	16 374	1,0	195 505,61	0,00	195 505,61
378016 LEICHLINGEN (RHLD.), STADT	24 612	1,0	293 867,36	0,00	293 867,36
378020 OEDENTHAL	12 302	1,0	146 885,92	0,00	146 885,92
378024 OVERATH	21 476	1,0	256 423,51	0,00	256 423,51
378028 ROESRATH	21 770	1,0	259 933,87	3 961,00	263 894,87
378032 WERMELSKIRCHEN, STADT	34 737	1,0	414 759,89	0,00	414 759,89
. RHEIN.-BERG. KREIS	250 235	.	3 974 967,06	3 961,00	3 978 928,06
382004 ALFTER	16 279	1,0	194 371,31	0,00	194 371,31
382008 BAD HONNEF, STADT	20 939	1,0	250 011,73	0,00	250 011,73
382012 BORNHEIM	34 307	1,0	409 625,69	0,00	409 625,69
382016 EITORF	15 233	1,0	181 882,07	0,00	181 882,07
382020 HEMMEF (SIEG)	29 225	1,0	348 946,59	0,00	348 946,59
382024 KOENIGSWINTER, STADT	35 078	1,0	418 831,43	0,00	418 831,43
382028 LOMHAR	23 511	1,0	280 721,42	0,00	280 721,42
382032 HECKENHEIM, STADT	16 769	1,0	200 221,91	0,00	200 221,91
382036 MUCH	10 176	1,0	121 501,47	0,00	121 501,47
382040 NEUNKIRCHEN-SEELSCHIED	15 043	1,0	179 613,47	0,00	179 613,47
382044 NIEDERKASSEL	26 017	1,0	310 643,06	0,00	310 643,06
382048 RHEINBACH, STADT	21 849	1,0	260 877,13	0,00	260 877,13
382052 RUPPICHTEROTH	7 608	1,0	90 839,54	0,00	90 839,54
382056 SANKT AUGUSTIN, STADT	48 698	1,0	581 454,28	0,00	581 454,28
382060 SIEGBURG, STADT	35 227	1,0	428 610,49	0,00	428 610,49
382064 SMISTTAL	15 693	1,0	187 374,47	0,00	187 374,47
382068 TROISDORF, STADT	61 419	1,0	1 320 017,50	0,00	1 320 017,50
382072 WACHTBERG	16 855	1,0	201 248,75	0,00	201 248,75
382076 WINDECK	17 658	1,0	210 836,58	0,00	210 836,58
. RHEIN-SIEG-KREIS	467 584	.	6 169 628,89	0,00	6 169 628,89
. REG.-BEZ. KOELN, KREISE	2 276 951	.	31 161 486,05	3 961,00	31 165 447,05

Straßenbaulastpauschale 1982
- Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
512000 BOTTRUP, KRFR STADT	114 571	1,8	2 462 360,60	0,00	2 462 360,60
513000 GELSENKIRCHEN, KRFR STADT	304 392	1,8	6 541 994,63	0,00	6 541 994,63
515000 MÜNSTER (WESTF.), KRFR STADT	278 022	1,8	5 975 250,43	0,00	5 975 250,43
. RP MÜNSTER, KRFR STAEDTE	696 985	.	14 979 605,66	0,00	14 979 605,66
. BORKEN, KREIS	300 576	.	4 213 120,88	0,00	4 213 120,88
. COESFELD, KREIS	174 083	.	2 078 551,59	0,00	2 078 551,59
. RECKLINGHAUSEN, FREIS	629 595	.	12 360 489,54	0,00	12 360 489,54
. STEINFURT, KREIS	361 433	.	5 239 314,01	0,00	5 239 314,01
. WARENDORF, KREIS	248 111	.	3 480 088,27	0,00	3 480 088,27
. REG.-BEZ. MÜNSTER, KREISE	1 733 798	.	27 371 564,29	0,00	27 371 564,29
. REG.-BEZ. MÜNSTER	2 430 783	.	42 351 169,95	0,00	42 351 169,95
554004 AHAUS, STADT	27 988	1,0	334 176,81	0,00	334 176,81
554008 BOCHOLT, STADT	65 352	1,8	1 404 545,56	0,00	1 404 545,56
554012 BORKEN, STADT	32 420	1,0	387 094,90	0,00	387 094,90
554016 GESCHER, STADT	14 354	1,0	171 386,81	0,00	171 386,81
554020 GRONAU (WESTF.), STADT	41 210	1,0	492 047,53	0,00	492 047,53
554024 HECK	6 843	1,0	81 705,44	0,00	81 705,44
554028 HEIDEN	5 958	1,0	71 138,54	0,00	71 138,54
554032 ISSELBURG, STADT	9 220	1,0	110 086,83	0,00	110 086,83
554036 LEGDEN	5 167	1,0	61 694,00	0,00	61 694,00
554040 RAESFELD	7 938	1,0	94 779,75	0,00	94 779,75
554044 REKEN	11 484	1,0	137 119,00	0,00	137 119,00
554048 RHEDE, STADT	15 298	1,0	182 658,17	0,00	182 658,17
554052 SCHOEPPINGEN	5 547	1,0	66 231,20	0,00	66 231,20
554056 STADTLOHN, STADT	16 723	1,0	199 672,67	0,00	199 672,67
554060 SÜEDLOHN	7 279	1,0	86 911,28	0,00	86 911,28
554064 VELEN	9 434	1,0	112 641,99	0,00	112 641,99
554068 VREDEN, STADT	18 361	1,0	219 230,40	0,00	219 230,40
. BORKEN, KREIS	300 576	.	4 213 120,88	0,00	4 213 120,88
558004 ASCHEBERG	11 695	1,0	139 638,34	0,00	139 638,34
558008 BILLERBECK, STADT	9 520	1,0	113 668,83	0,00	113 668,83
558012 COESFELD, STADT	31 063	1,0	370 892,32	0,00	370 892,32
558016 DUELLEN, STADT	39 483	1,0	471 427,15	0,00	471 427,15
558020 HAVIXBECK	9 434	1,0	112 641,99	0,00	112 641,99
558024 LUEDINGHAUSEN, STADT	17 968	1,0	214 537,98	0,00	214 537,98
558028 NORDKIRCHEN	8 528	1,0	101 824,35	0,00	101 824,35
558032 NOTTULN	13 103	1,0	156 449,86	0,00	156 449,86
558036 OLFEN, STADT	8 305	1,0	99 161,73	0,00	99 161,73
558040 ROSENDAHL	8 991	1,0	107 352,57	0,00	107 352,57
558044 SENDEN	15 993	1,0	190 956,47	0,00	190 956,47
. COESFELD, KREIS	174 083	.	2 078 551,59	0,00	2 078 551,59

Straßenbauleistepauschale 1982
 - Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbauleist- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
562004 CASTROP-RAUXEL, STADT	70 877	1,8	1 695 224,94	0,00	1 695 224,94
562008 DATTELN, STADT	37 229	1,0	444 514,38	0,00	444 514,38
562012 DORSTEN, STADT	70 656	1,8	1 518 539,16	0,00	1 518 539,16
562014 GLADBECK, STADT	79 747	1,8	1 713 922,99	0,00	1 713 922,99
562016 HALTERN, STADT	30 965	1,0	369 722,20	0,00	369 722,20
562020 HERTEN, STADT	69 247	1,8	1 488 256,92	0,00	1 488 256,92
562024 MARL, STADT	89 082	1,8	1 914 550,86	0,00	1 914 550,86
562028 OER-ERKENSCHWICK, STADT	27 329	1,0	326 308,35	0,00	326 308,35
562032 RECKLINGHAUSEN, STADT	119 416	1,8	2 566 532,35	0,00	2 566 532,35
562036 MALTROP, STADT	27 045	1,0	322 917,39	0,00	322 917,39
RECKLINGHAUSEN, KREIS	629 595	.	12 360 489,54	0,00	12 360 489,54
566004 ALTENBERGE	7 268	1,0	86 779,94	0,00	86 779,94
566008 EHSDETTEN, STADT	31 029	1,0	370 486,36	0,00	370 486,36
566012 GREVEN, STADT	28 817	1,0	344 075,87	0,00	344 075,87
566016 HOERSTEL, STADT	15 045	1,0	179 637,35	0,00	179 637,35
566020 HOPSTEN	5 828	1,0	69 586,34	0,00	69 586,34
566024 HORSTMAR, STADT	6 046	1,0	72 189,26	0,00	72 189,26
566028 IBBENSBUEREN, STADT	42 323	1,0	505 336,76	0,00	505 336,76
566032 LADBERGEN	6 231	1,0	74 398,16	0,00	74 398,16
566036 LAER	5 227	1,0	62 410,40	0,00	62 410,40
566040 LEMBERICH, STADT	20 597	1,0	245 928,25	0,00	245 928,25
566044 LIENEN	7 716	1,0	92 129,06	0,00	92 129,06
566048 LOTTE	11 856	1,0	141 560,68	0,00	141 560,68
566052 METELEN	5 785	1,0	69 072,92	0,00	69 072,92
566056 METTINGEN	10 158	1,0	121 286,55	0,00	121 286,55
566060 NEUENKIRCHEN	11 282	1,0	134 707,12	0,00	134 707,12
566064 NORDHALDE	8 195	1,0	97 848,33	0,00	97 848,33
566068 OCHTRUP, STADT	16 500	1,0	197 010,05	0,00	197 010,05
566072 RECKE	9 125	1,0	108 952,53	0,00	108 952,53
566076 RHEINE, STADT	71 713	1,8	1 541 256,21	0,00	1 541 256,21
566080 SAERBECK	4 294	1,0	51 270,37	0,00	51 270,37
566084 STEINFURT, STADT	32 303	1,0	385 697,92	0,00	385 697,92
566088 TECKLENBURG, STADT	8 779	1,0	104 821,29	0,00	104 821,29
566092 WESTERKAPPELN	8 605	1,0	105 131,73	0,00	105 131,73
566096 WETTRINGEN	6 511	1,0	77 741,36	0,00	77 741,36
STEINFURT, KREIS	381 433	.	5 239 314,01	0,00	5 239 314,01
570004 AHLEN, STADT	94 192	1,8	1 164 694,78	0,00	1 164 694,78
570008 BECKUM, STADT	37 899	1,0	452 514,18	0,00	452 514,18
570012 BEELEN	4 781	1,0	57 085,16	0,00	57 085,16
570016 DRENSTEINFURT, STADT	11 062	1,0	132 080,32	0,00	132 080,32
570020 ENNIGERLOH, STADT	19 483	1,0	232 627,08	0,00	232 627,08
570024 EVERSINKEL	6 392	1,0	76 320,50	0,00	76 320,50
570028 GELDE, STADT	27 579	1,0	329 293,35	0,00	329 293,35
570032 OSTBEVERN	6 892	1,0	82 290,50	0,00	82 290,50
570036 SASSENBERG, STADT	9 073	1,0	108 331,65	0,00	108 331,65
570040 SENDENHORST, STADT	10 274	1,0	122 671,59	0,00	122 671,59
570044 TELGTE, STADT	16 254	1,0	194 072,81	0,00	194 072,81
570048 WADERSLOH	11 083	1,0	132 331,06	0,00	132 331,06
570052 WARENDORF, STADT	33 147	1,0	395 775,29	0,00	395 775,29
WARENDORF, KREIS	248 111	.	3 480 088,27	0,00	3 480 088,27
REG.-BEZ. MÜNSTER, KREISE	1 733 798	.	27 371 564,29	0,00	27 371 564,29

Straßenbaulastpauschale 1982
- Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
711000 BIELEFELD, KRFR STADT	314 656	1,0	6 762 588,57	0,00	6 762 588,57
711000 RP DETMOLD, KRFR STAEDTE	314 656	1,0	6 762 588,57	0,00	6 762 588,57
. GUETERSLOH, KREIS	293 792	.	4 293 434,12	0,00	4 293 434,12
. HERFORD, KREIS	237 090	.	3 450 493,76	0,00	3 450 493,76
. HOEXTER, KREIS	144 868	.	1 729 724,40	0,00	1 729 724,40
. LIPPE, KREIS	337 661	.	4 726 180,43	0,00	4 726 180,43
. MINDEN-LUEBBECKE, KREIS	291 669	.	4 263 223,52	0,00	4 263 223,52
. PADERBORN, KREIS	234 316	.	3 921 479,14	0,00	3 921 479,14
. REG.-BEZ. DETMOLD, KREISE	1 539 396	.	22 304 535,37	0,00	22 304 535,37
. REG.-BEZ. DETMOLD	1 054 052	.	29 147 123,94	0,00	29 147 123,94
754004 BORGHOLZHAUSEN, STADT	7 908	1,0	94 421,55	0,00	94 421,55
754006 GUETERSLOH, STADT	82 240	1,0	1 767 502,56	0,00	1 767 502,56
754012 HALLE (WESTF.), STADT	18 564	1,0	221 654,22	0,00	221 654,22
754016 HARSEHINKEL, STADT	20 064	1,0	239 564,22	0,00	239 564,22
754020 HERZERBROCK	12 819	1,0	153 058,90	0,00	153 058,90
754024 LANGENBERG	6 514	1,0	77 777,18	0,00	77 777,18
754028 RHEDA-WIEDENBRUECK, STADT	37 952	1,0	453 147,00	0,00	453 147,00
754032 RIETBERG, STADT	23 617	1,0	281 987,06	0,00	281 987,06
754036 SCHLOSS HOLTE-STUKENBROCK	20 516	1,0	244 961,11	0,00	244 961,11
754040 STEINHAGEN	16 226	1,0	193 738,49	0,00	193 738,49
754044 VERL	18 809	1,0	224 579,52	0,00	224 579,52
754048 VERSMOLD, STADT	18 330	1,0	218 060,26	0,00	218 060,26
754052 WERTHER (WESTF.), STADT	10 233	1,0	122 182,05	0,00	122 182,05
. GUETERSLOH, KREIS	293 792	.	4 293 434,12	0,00	4 293 434,12
758004 BUENDE, STADT	41 360	1,0	493 838,53	0,00	493 838,53
758008 ENGER, STADT	17 087	1,0	204 018,83	0,00	204 018,83
758012 HERFORD, STADT	64 870	1,0	1 394 186,42	0,00	1 394 186,42
758016 MIDDENHAUSEN	19 702	1,0	235 241,94	0,00	235 241,94
758020 KIRCHLENGERN	14 639	1,0	174 789,71	0,00	174 789,71
758024 LOEHNE, STADT	37 462	1,0	447 296,40	0,00	447 296,40
758028 ROEDINGHAUSEN	8 246	1,0	98 457,27	0,00	98 457,27
758032 SPENGE, STADT	13 765	1,0	164 354,14	0,00	164 354,14
758036 VLOTHO, STADT	19 959	1,0	238 310,52	0,00	238 310,52
. HERFORD, KREIS	237 090	.	3 450 493,76	0,00	3 450 493,76
762004 BAD DRIBURG, STADT	17 718	1,0	211 552,98	0,00	211 552,98
762008 BEVERLINGEN, STADT	15 339	1,0	183 147,71	0,00	183 147,71
762012 BORGENTREICH, STADT	8 918	1,0	106 480,95	0,00	106 480,95
762016 BRAKEL, STADT	17 106	1,0	204 245,70	0,00	204 245,70
762020 HOEXTER, STADT	32 430	1,0	387 214,30	0,00	387 214,30
762024 MARIENPLJENSTER, STADT	4 986	1,0	59 532,86	0,00	59 532,86
762028 NIEMEIN, STADT	6 539	1,0	78 075,68	0,00	78 075,68
762032 STEINHEIM, STADT	12 122	1,0	144 736,72	0,00	144 736,72
762036 HARBURG, STADT	21 927	1,0	261 808,45	0,00	261 808,45
762040 WILLEBADESSEN, STADT	7 783	1,0	92 929,05	0,00	92 929,05
. HOEXTER, KREIS	144 868	.	1 729 724,40	0,00	1 729 724,40

Straßenbaulastpauschale 1982
 - Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
766004 AUGUSTDORF	7 199	1,0	85 956,08	0,00	85 956,08
766008 BAD SALZUFLEN, STADT	51 416	1,0	613 907,21	0,00	613 907,21
766012 BARNTRUP, STADT	8 766	1,0	104 666,07	0,00	104 666,07
766016 BLOMBERG, STADT	16 431	1,0	196 186,19	0,00	196 186,19
766020 DETMOLD, STADT	72 708	1,8	1 562 640,76	0,00	1 562 640,76
766024 DOERENTRUP	8 115	1,0	96 893,13	0,00	96 893,13
766028 EXTERTAL	12 608	1,0	150 539,56	0,00	150 539,56
766032 HORN-BAD MEINBERG, STADT	16 868	1,0	201 403,97	0,00	201 403,97
766036 KALLELAL	14 477	1,0	172 855,43	0,00	172 855,43
766040 LAGE, STADT	32 301	1,0	385 674,04	0,00	385 674,04
766044 LEHGO, STADT	41 070	1,0	490 375,93	0,00	490 375,93
766048 LEOPOLDSHOEHE	13 031	1,0	155 590,18	0,00	155 590,18
766052 LUEGDE, STADT	11 021	1,0	131 590,78	0,00	131 590,78
766056 DERLINGHAUSEN, STADT	15 609	1,0	186 371,51	0,00	186 371,51
766060 SCHIEDER-SCHWALENBERG, STADT	8 613	1,0	102 839,25	0,00	102 839,25
766064 SCHLANGEN	7 428	1,0	88 690,34	0,00	88 690,34
LIPPE, KREIS	337 661	.	4 726 180,43	0,00	4 726 180,43
770004 BAD OEYNHAUSEN, STADT	44 458	1,0	530 828,66	0,00	530 828,66
770008 ESPELKAMP, STADT	23 045	1,0	275 157,37	0,00	275 157,37
770012 HILLE	14 147	1,0	168 915,23	0,00	168 915,23
770016 HUELLHORST	11 031	1,0	131 710,18	0,00	131 710,18
770020 LUEBBECKE, STADT	22 078	1,0	263 611,39	0,00	263 611,39
770024 MINDEN, STADT	81 731	1,8	1 756 563,13	0,00	1 756 563,13
770028 PETERSHAGEN, STADT	24 063	1,0	287 312,30	0,00	287 312,30
770032 PORTA WESTFALICA, STADT	34 538	1,0	412 383,83	0,00	412 383,83
770036 PREUSSISCH OLDENDORF, STADT	9 983	1,0	119 197,05	0,00	119 197,05
770040 RAHDEN, STADT	13 229	1,0	157 954,30	0,00	157 954,30
770044 STEMMEDE	13 366	1,0	159 590,08	0,00	159 590,08
MINDEN-LUEBBECKE, KREIS	291 669	.	4 263 223,52	0,00	4 263 223,52
774004 ALTENBEKEN	6 568	1,0	78 421,94	0,00	78 421,94
774008 BAD LIPPSPRINGE, STADT	11 938	1,0	142 539,76	0,00	142 539,76
774012 BORCHEN	10 012	1,0	119 543,31	0,00	119 543,31
774016 BUEREN, STADT	18 156	1,0	216 782,70	0,00	216 782,70
774020 DELBRUECK, STADT	21 417	1,0	255 719,05	0,00	255 719,05
774024 MOEVELNOF	12 133	1,0	144 868,06	0,00	144 868,06
774028 LICHTENAU, STADT	8 592	1,0	102 588,51	0,00	102 588,51
774032 PADERBORN, STADT	117 645	1,8	2 528 427,02	0,00	2 528 427,02
774036 SALZKOTTEN, STADT	18 216	1,0	217 499,10	0,00	217 499,10
774040 MUEHNENBERG, STADT	9 639	1,0	115 089,69	0,00	115 089,69
PADERBORN, KREIS	234 316	.	3 921 479,14	0,00	3 921 479,14
REG.-BEZ. DETMOLD, KREISE	1 539 396	.	22 384 535,37	0,00	22 384 535,37

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Straßenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
911000 BOCHUM, KRFR STADT	400 757	1,8	8 613 071,76	0,00	8 613 071,76
913000 DORTMUND, KRFR STADT	611 536	1,8	13 143 178,24	0,00	13 143 178,24
914000 HAGEN, KRFR STADT	218 929	1,8	4 705 223,34	0,00	4 705 223,34
915000 HAMM, KRFR STADT	172 253	1,8	3 702 062,47	0,00	3 702 062,47
916000 HERNE, KRFR STADT	182 542	1,8	3 923 193,72	0,00	3 923 193,72
. RP ARNSBERG, KRFR STAEDTE	1 586 019	.	34 086 729,53	0,00	34 086 729,53
. ENNEPE-RUMR-KREIS	347 207	.	5 705 886,35	0,00	5 705 886,35
. HOCHSAUERLANDKREIS	270 585	.	3 995 242,10	0,00	3 995 242,10
. MAERKISCHER KREIS	432 705	.	7 331 775,68	0,00	7 331 775,68
. DLPE, KREIS	122 798	.	1 466 208,51	0,00	1 466 208,51
. SIEGEN, KREIS	289 191	.	4 552 424,73	0,00	4 552 424,73
. SOEST, KREIS	281 707	.	3 974 289,77	0,00	3 974 289,77
. UNNA, KREIS	388 347	.	5 998 884,47	0,00	5 998 884,47
. REG.-BEZ. ARNSBERG, KREISE	2 132 540	.	33 024 711,61	0,00	33 024 711,61
. REG.-BEZ. ARNSBERG	3 718 559	.	67 111 441,14	0,00	67 111 441,14
954004 BRECKERFELD, STADT	7 179	1,0	85 717,28	0,00	85 717,28
954008 ENNEPETAL, STADT	35 729	1,0	426 604,37	0,00	426 604,37
954012 GEVELSBERG, STADT	31 485	1,0	375 931,00	0,00	375 931,00
954016 HATTINGEN, STADT	57 373	1,8	1 233 060,85	0,00	1 233 060,85
954020 HERDECKE, STADT	24 009	1,0	286 667,54	0,00	286 667,54
954024 SCHWELM, STADT	31 108	1,0	371 429,62	0,00	371 429,62
954028 SPROCKHOEVEL, STADT	24 356	1,0	290 810,72	0,00	290 810,72
954032 WETTER (RUMR), STADT	30 000	1,0	358 200,10	0,00	358 200,10
954036 WITTEN, STADT	105 968	1,8	2 277 464,87	0,00	2 277 464,87
. ENNEPE-RUMR-KREIS	347 207	.	5 705 886,35	0,00	5 705 886,35
958004 ARNSBERG, STADT	86 031	1,8	1 728 026,72	0,00	1 728 026,72
958008 BESTWIG	11 879	1,8	141 835,30	0,00	141 835,30
958012 BRILON, STADT	24 533	1,0	292 924,10	0,00	292 924,10
958016 ESLOHE (SAUERL.)	8 198	1,0	97 884,15	0,00	97 884,15
958020 HALLENBERG, STADT	4 669	1,0	55 747,88	0,00	55 747,88
958024 MARSBERG, STADT	22 703	1,0	271 073,89	0,00	271 073,89
958028 MEDEBACH, STADT	7 150	1,0	85 371,02	0,00	85 371,02
958032 MESCHEDE, STADT	31 350	1,0	374 319,10	0,00	374 319,10
958036 OLSBERG, STADT	14 200	1,0	169 548,05	0,00	169 548,05
958040 SCHMALLEMBERG, STADT	25 017	1,0	298 703,06	0,00	298 703,06
958044 SÜNDERN (SAUERL.), STADT	25 689	1,0	306 726,74	0,00	306 726,74
958048 WINTERBERG, STADT	15 166	1,0	181 082,09	0,00	181 082,09
. HOCHSAUERLANDKREIS	270 585	.	3 995 242,10	0,00	3 995 242,10
962004 ALTENA, STADT	24 571	1,0	293 377,82	0,00	293 377,82
962008 BALVE, STADT	10 766	1,0	128 546,07	0,00	128 546,07
962012 HALVER, STADT	15 344	1,0	183 207,41	0,00	183 207,41
962016 HEMER, STADT	35 171	1,0	419 941,85	0,00	419 941,85
962020 HERSCHIED	6 659	1,0	79 508,48	0,00	79 508,48
962024 ISERLOHN, STADT	95 341	1,8	2 049 069,32	0,00	2 049 069,32
962028 KIERSPE, STADT	14 445	1,0	172 473,35	0,00	172 473,35
962032 LUEDENSCHIED, STADT	76 650	1,8	1 647 362,24	0,00	1 647 362,24
962036 MEINERZHAGEN, STADT	19 042	1,0	227 361,54	0,00	227 361,54
962040 MENDEN (SAUERL.), STADT	54 692	1,8	1 175 440,78	0,00	1 175 440,78
962044 NACHROD-WIBLINGWERDE	6 835	1,0	81 609,92	0,00	81 609,92
962048 NEUENRADE, STADT	11 143	1,0	133 047,46	0,00	133 047,46
962052 PLETTENBERG, STADT	29 046	1,0	346 809,33	0,00	346 809,33
962056 SCHALKSHUEHLE	11 299	1,0	134 910,10	0,00	134 910,10
962060 WERDOHL, STADT	21 701	1,0	259 110,81	0,00	259 110,81
. MAERKISCHER KREIS	432 705	.	7 331 775,68	0,00	7 331 775,68

Straßenbaulastpauschale 1982
 - Gemeinden -

Gebietskörperschaft	Fortgeschriebene Bevölkerung zuzügl. A+D-Einw.	Faktor	Strassenbaulast- pauschale	Ausgleich für Vorjahre	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5
966004 ATTENDORN, STADT	21 599	1,0	257 892,13	0,00	257 892,13
966008 DRÖLSHAGEN, STADT	9 638	1,0	115 077,75	0,00	115 077,75
966012 FINNENTROP	16 189	1,0	193 296,71	0,00	193 296,71
966016 KIRCHHUNDEN	11 680	1,0	139 459,24	0,00	139 459,24
966020 LENNESTADT, STADT	26 087	1,0	311 478,86	0,00	311 478,86
966024 OLPE, STADT	22 351	1,0	266 871,01	0,00	266 871,01
966028 NENDEN	15 254	1,0	182 132,81	0,00	182 132,81
. OLPE, KREIS	122 798	.	1 466 288,51	0,00	1 466 288,51
970004 BAD BERLEBURG, STADT	20 196	1,0	241 140,30	0,00	241 140,30
970008 BURBACH	13 577	1,0	162 109,42	0,00	162 109,42
970012 ERNDETRUECK	8 028	1,0	95 854,35	0,00	95 854,35
970016 FREUDENBERG, STADT	15 867	1,0	189 452,03	0,00	189 452,03
970020 HILCHENBACH, STADT	15 390	1,0	183 756,65	0,00	183 756,65
970024 KREUZTAL, STADT	30 219	1,0	360 814,96	0,00	360 814,96
970028 LAASPHE, STADT	14 666	1,0	175 112,09	0,00	175 112,09
970032 METPHEN	22 453	1,0	268 088,89	0,00	268 088,89
970036 NEUNKIRCHEN	14 564	1,0	173 894,21	0,00	173 894,21
970040 SIEGEN, STADT	115 105	1,8	2 473 837,33	0,00	2 473 837,33
970044 WILNSDORF	19 126	1,0	228 364,50	0,00	228 364,50
. SIEGEN, KREIS	289 191	.	4 552 424,73	0,00	4 552 424,73
974004 ANROECHTE	8 814	1,0	105 239,19	0,00	105 239,19
974008 BAD SASSENDORF	9 710	1,0	115 937,43	0,00	115 937,43
974012 ENSE	9 257	1,0	110 528,61	0,00	110 528,61
974016 ERWITTE, STADT	12 863	1,0	153 584,26	0,00	153 584,26
974020 GESEKE, STADT	20 305	1,0	242 441,77	0,00	242 441,77
974024 LIPPETAL	10 395	1,0	124 116,33	0,00	124 116,33
974028 LIPPSTADT, STADT	63 935	1,8	1 374 091,39	0,00	1 374 091,39
974032 MOEHNESEE	9 595	1,0	114 564,33	0,00	114 564,33
974036 RUETHEN, STADT	11 230	1,0	134 086,24	0,00	134 086,24
974040 SOEST, STADT	45 952	1,0	548 667,03	0,00	548 667,03
974044 WARSTEIN, STADT	28 560	1,0	341 086,49	0,00	341 086,49
974048 WELVER	18 548	1,0	125 943,15	0,00	125 943,15
974052 MERL, STADT	28 878	1,0	344 803,41	0,00	344 803,41
974056 WICKEDE (RUHR)	11 665	1,0	139 280,14	0,00	139 280,14
. SOEST, KREIS	281 707	.	3 974 289,77	0,00	3 974 289,77
978004 BERGKAMEN, STADT	47 977	1,0	572 845,53	0,00	572 845,53
978008 SOENEN	18 067	1,0	215 720,04	0,00	215 720,04
978012 FROENDENBERG, STADT	20 627	1,0	246 286,45	0,00	246 286,45
978016 HOLZWICKEDE	16 841	1,0	201 081,59	0,00	201 081,59
978020 KAHEN, STADT	44 017	1,0	525 563,12	0,00	525 563,12
978024 LUENEN, STADT	85 937	1,8	1 846 958,50	0,00	1 846 958,50
978028 SCHUERTE, STADT	47 810	1,0	570 851,55	0,00	570 851,55
978032 SELM, STADT	23 762	1,0	283 718,36	0,00	283 718,36
978036 UNNA, STADT	56 653	1,8	1 217 586,60	0,00	1 217 586,60
978040 WERNE, STADT	26 656	1,0	318 272,73	0,00	318 272,73
. UNNA, KREIS	388 347	.	5 998 884,47	0,00	5 998 884,47
. REG.-BEZ. ARNSBERG, KREISE	2 132 540	.	33 024 711,61	0,00	33 024 711,61
. NORDRHEIN-WESTFALEN INSGESAMT	17 205 666	.	307 561 239,00	3 961,00	307 565 200,00

Anlage 2

Straßenbaulastpauschale 1982
- Kreise -

Gebiets- körperschaft	Kr. Strassen Länge in Kilometern	Zuweisungen nach Strassen-km	Kreis- Flächen in qkm	Zuweisungen nach Flächen	Fortgeschr. Bevölkerung zuz. A+D-Ein	Zuweisungen nach Bevölkerung	Ausgleich für Vorjahre insgesamt	Auszuzahlender Betrag
	1	2	3	4	5	6	7	8
154000 KLEVE, KREIS	283,153	2 626 476,34	1 230,73	1 567 786,33	263 716	1 063 838,26	0,00	5 258 100,93
158000 METTMANN, KREIS	92,863	861 380,50	407,25	518 782,34	483 229	1 949 360,29	0,00	3 329 523,13
162000 NEUSS, KREIS	144,387	1 339 307,86	576,99	735 008,52	412 973	1 665 945,48	0,00	3 740 261,86
166000 VIERSEN, KREIS	140,945	1 307 380,49	562,46	716 499,23	271 144	1 093 803,03	0,00	3 117 682,75
170000 WESEL, KREIS	156,685	1 453 381,90	1 042,13	1 327 535,02	416 253	1 679 177,09	0,00	4 460 094,01
. DUESSELDORF, REG.BEZ.	818,033	7 587 927,09	3 819,56	4 865 611,44	1 847 315	7 452 124,15	0,00	19 905 662,68
354000 AACHEN, KREIS	86,138	799 000,61	550,55	701 327,48	289 851	1 169 267,63	0,00	2 669 595,72
358000 DUEREN, KREIS	234,309	2 173 408,17	940,65	1 198 262,99	239 755	967 178,86	0,00	4 338 650,02
362000 ERFTKREIS, KREIS	188,256	1 746 228,82	704,71	897 706,81	400 003	1 613 624,11	0,00	4 257 539,74
366000 EUSKIRCHEN, KREIS	336,008	3 116 749,82	1 249,57	1 591 785,99	159 009	641 447,08	0,00	5 349 982,89
370000 HEINSBERG, KREIS	151,705	1 407 188,32	627,68	799 588,84	223 147	900 181,69	0,00	3 106 950,85
374000 OBERBERGISCHER KREIS	232,517	2 156 785,90	916,49	1 167 486,37	247 367	997 885,90	0,00	4 322 158,17
378000 RHEIN.-BERG. KREIS	139,953	1 298 178,88	439,07	559 316,78	250 235	1 009 455,50	1 344,00	2 868 295,16
382000 RHEIN-SIEG-KREIS	279,795	2 595 328,13	1 153,25	1 469 087,12	467 584	1 886 247,89	0,00	5 950 663,14
. KOELN, REG.BEZ.	1 648,681	15 292 868,65	6 581,97	8 384 554,38	2 276 951	9 185 288,66	1 344,00	32 864 055,69
554000 BORKEN, KREIS	450,964	4 183 061,02	1 416,27	1 804 139,62	300 576	1 212 532,60	0,00	7 199 733,24
558000 COESFELD, KREIS	428,843	3 903 664,83	1 107,90	1 411 317,25	174 083	782 256,05	0,00	6 817 237,33
562000 RECKLINGHAUSEN, KR.	158,165	1 467 110,11	759,81	967 896,88	629 595	2 539 805,12	0,00	4 974 812,11
566000 STEINFURT, KREIS	548,303	5 085 960,89	1 790,73	2 281 151,85	381 433	1 538 712,17	0,00	8 905 824,11
570000 WARENDRORF, KREIS	356,647	3 308 193,47	1 313,79	1 673 593,73	248 111	1 000 887,22	0,00	5 982 674,42
. MÜNSTER, REG.BEZ.	1 934,922	17 947 988,72	6 388,50	8 138 099,33	1 733 798	6 994 193,16	0,00	33 080 281,21
754000 GUETERSLOH, KREIS	298,126	2 785 363,20	966,01	1 230 548,26	293 792	1 185 165,74	0,00	5 181 897,20
758000 HERFORD, KREIS	181,472	1 683 301,66	448,40	571 281,96	237 098	956 428,18	0,00	3 210 931,80
762000 HOEXTER, KREIS	408,342	3 787 787,00	1 199,34	1 527 799,65	144 868	584 401,86	0,00	5 899 908,51
766000 LIPPE, KREIS	481,693	4 468 097,70	1 246,38	1 587 722,35	337 661	1 362 134,61	0,00	7 417 954,66
770000 MINDEN-LUEBBECKE, KR.	435,643	4 040 946,17	1 150,81	1 465 978,88	291 669	1 176 601,50	0,00	6 683 526,55
774000 PADERBORN, KREIS	306,738	2 845 246,56	1 244,45	1 585 263,79	234 316	945 237,78	0,00	5 375 748,13
. DETMOLD, REG.BEZ.	2 112,014	19 590 662,29	6 255,39	7 968 534,89	1 539 396	6 209 969,67	0,00	33 769 166,85
954000 ENNEPE-RUHR-KREIS	45,973	426 437,29	408,03	519 775,95	347 207	1 408 643,46	0,00	2 346 856,78
958000 HOCHSAUERLANDKREIS	415,300	3 852 248,16	1 957,32	2 493 365,36	270 585	1 091 548,01	0,00	7 437 161,53
962000 HAERKISCHER KREIS	182,319	1 691 158,28	1 059,52	1 349 687,56	432 705	1 745 544,96	0,00	4 786 390,88
966000 OLPE, KREIS	172,849	1 603 316,26	709,29	903 541,12	122 798	495 370,82	0,00	3 002 228,20
970000 SIEGEN, KREIS	262,352	2 433 530,00	1 131,29	1 441 113,08	289 191	1 166 605,17	0,00	5 841 248,17
974000 SOEST, KREIS	492,534	4 568 656,87	1 327,23	1 690 714,50	281 707	1 136 414,49	0,00	7 395 785,86
978000 UNNA, KREIS	204,457	1 896 506,39	542,17	690 652,47	388 347	1 566 603,45	0,00	4 153 762,31
. ARNSBERG, REG.BEZ.	1 775,784	16 471 853,25	7 134,85	9 088 849,96	2 132 540	8 602 730,36	0,00	34 163 433,57
. DUESSELDORF, REG.BEZ.	818,033	7 587 927,09	3 819,56	4 865 611,44	1 847 315	7 452 124,15	0,00	19 905 662,68
. KOELN, REG.BEZ.	1 648,681	15 292 868,65	6 581,97	8 384 554,38	2 276 951	9 185 288,66	1 344,00	32 864 055,69
. RHEINLAND	2 466,714	22 080 795,74	10 401,53	13 250 165,82	4 124 266	16 637 412,81	1 344,00	52 769 718,37
. MÜNSTER, REG.BEZ.	1 934,922	17 947 988,72	6 388,50	8 138 099,33	1 733 798	6 994 193,16	0,00	33 080 281,21
. DETMOLD, REG.BEZ.	2 112,014	19 590 662,29	6 255,39	7 968 534,89	1 539 396	6 209 969,67	0,00	33 769 166,85
. ARNSBERG, REG.BEZ.	1 775,784	16 471 853,25	7 134,85	9 088 849,96	2 132 540	8 602 730,36	0,00	34 163 433,57
. WESTFALEN	5 822,720	54 010 504,26	19 778,74	25 195 484,18	5 405 734	21 806 893,19	0,00	101 012 881,63
. SÜDHE ALLER KREISE	8 289,434	76 891 300,00	30 180,27	38 445 650,00	9 530 000	38 444 306,00	1 344,00	153 782 608,00

**Pauschalierte Straßenbauzuweisungen im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds
gem. §§ 4 und 25 GFG 1982**

- Kosten der Unterhaltung von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) -

1 Kostenarten

Aus diesen Zuweisungen können folgende nachgewiesene Sach- und Personalkosten für die Unterhaltung und Instandsetzung ortsfester Anlagen finanziert werden:

1.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Bauwerken

Hierunter fallen Ausgaben für:

1.11 Tunnel, Brücken, Sicherheitsräume und Stützmauern,

1.12 Kabelkanäle,

1.13 Gebäude bzw. Räume für Bahnstromunterwerke und sonstige elektrische Versorgungseinrichtungen,

1.14 Notausstiege, Entwässerungs- und Belüftungseinrichtungen,

1.15 Einrichtungen zur Brandbekämpfung,

1.16 Fahrtreppen, soweit sie dem Transport von Fahrgästen dienen, nicht eingeschlossen sind Fahrtreppen in Verbindung mit Fußgängerpasserellen und unterirdischen Ladenstraßen,

1.17 Haltestellenanlagen einschließlich aller Einrichtungen, die unmittelbar dem ÖPNV-Betrieb dienen sowie deren Reinhaltung; nicht eingeschlossen sind Fußgängerpasserellen, unterirdische Ladenstraßen, Kioske und sonstige Verkaufsstände, Ausstellungsvitrinen, Reklametafeln, Reklamebeleuchtungseinrichtungen sowie sonstige Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar gewerblichen Zwecken dienen,

1.18 Betriebsleitstellen und -einrichtungen sowie Stellwerke und -einrichtungen.

1.2 Unterhaltung und Instandsetzung der Gleisbettung, der Gleise und der Bahnkörper

Hierunter fallen Ausgaben für:

1.21 Drainage,

1.22 Schotterbett bzw. Unterlage bei schotterlosem Oberbau,

1.23 Schwellen, Befestigung und Richten der Gleise,

1.24 Auftragsschweißungen, Schienen-, Isolier- und Dehnungsstöße sowie Weichenreparaturen und Schleifen der Schienenlauflächen,

1.25 Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Gleiseindeckungen und -einpflasterungen.

1.3 Winterdienst

Hierunter fallen Ausgaben für:

1.31 Unterhaltung und Instandsetzung von Weichenheizungsanlagen,

1.32 Unterhaltung und Instandsetzung von Schneeräumgeräten sowie Aufstellung und Instandsetzung von Schneeschutzzäunen,

1.33 Unterhaltung und Instandsetzung von Streu- und Splittsilos,

1.34 Beschaffung von Streumitteln,

1.35 Beseitigung von Schnee- und Eisbelag auf Haltestellenanlagen.

- 1.4 **Unterhaltung und Instandsetzung von Stromversorgungsanlagen**
Hierunter fallen Ausgaben für:
 - 1.41 Elektrische Einrichtungen der Bahnstromgleichrichterunterwerke,
 - 1.42 Strecken- und Rückleitungskabel,
 - 1.43 Streckenschalter,
 - 1.44 Fahrdrahtanlagen einschl. Tragwerk,
 - 1.45 Fernsteuereinrichtungen,
 - 1.46 Batterien und Notstromaggregate.

- 1.5 **Unterhaltung und Instandsetzung von Sicherungsanlagen**
Hierunter fallen Ausgaben für:
 - 1.51 Signalanlagen,
 - 1.52 Hinweisschilder und Wegweiser,
 - 1.53 Zugbeeinflussungsanlagen,
 - 1.54 Beleuchtungseinrichtungen von Haltestellen, Tunneln, Wende- und Abstellanlagen.

- 1.6 **Unterhaltung und Instandsetzung von Meldeeinrichtungen**
Hierunter fallen Ausgaben für alle Meldeeinrichtungen, soweit sie entlang der Strecke ortsfest angeordnet sind, wie z. B.
 - 1.61 Signal- und Hinweistafeln,
 - 1.62 Sende- und Empfangsanlagen,
 - 1.63 Streckentelefone und Tunnelantennen.

- 1.7 **Unterhaltung und Instandsetzung sonstiger ortsfester Anlagen des ÖPNV**
Hierunter fallen Ausgaben für:
 - 1.71 Zentrale Omnibusbahnhöfe,
 - 1.72 Verkehrswichtige Umsteigeanlagen,
 - 1.73 Betriebshöfe und zentrale Werkstätten.

- 2 **Anrechnungsgrundsätze**
Die vorgenannten Kostenarten sind beim jährlichen Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der pauschalierten Zuweisungen im Rahmen des Kfz-Steuer-Verbunds bis zur Höhe von 50 v.H. der Jahreszuweisung (vgl. Nr. 1.42 des Runderlasses) anrechenbar. Anderweitige Zuwendungen für die unter Nr. 1 aufgeführten Kosten sind bei Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten abzusetzen; das gilt auch für Ausgleichsbeträge gem. § 6 b Nr. 3 Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29. März 1951 (BGBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2441).

**Pauschalierte Straßenbauzuweisungen
im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds gem. §§ 4 und 25 GFG 1982**

– Kosten des Baues und der Unterhaltung von Anlagen des Schienengüterverkehrs
nichtbundeseigener Eisenbahnen in überwiegend kommunaler Trägerschaft –

1 Kostenarten

Aus diesen Zuweisungen können nachgewiesene Aufwendungen für die Unterhaltung und den Bau von Bahnanlagen im Sinne des § 4 der Eisenbahn-, Bau- und Betriebsordnung (EBO) vom 8. Mai 1967 (BGBl. II S. 1563), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1490) finanziert werden.

2 Anrechnung

Von den Aufwendungen nach Nr. 1 sind abzusetzen

- Einnahmen, soweit sie die Verwaltungs- und sonstigen Gemeinkosten sowie die Betriebskosten des Eisenbahnunternehmens übersteigen
- für diesen Zweck gezahlte Ausgleichsbeträge nach § 6 b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes
- Kostenbeiträge nach § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG
- zweckgebundene Bundes- und Landeszuwendungen
- Vorsteuerbeträge nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes.

– MBl. NW. 1982 S. 1405.

Innenminister**Beflaggung am „Tag der Heimat“**

RdErl. d. Innenministers v. 10. 8. 1982 -
I B 3/17-61.15

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über das öffentliche Flaggen vom 10. März 1953 (GS. NW. S. 144), geändert durch Gesetz vom 12. Juli 1960 (GV. NW. S. 283) - SGV. NW. 113 - ordne ich an, daß am „Tag der Heimat“, der am 12. September 1982 begangen wird, alle Dienststellen des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der übrigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Landesaufsicht unterstehen, zu beflaggen sind.

- MBl. NW. 1982 S. 1423.

Minister für Landes- und Stadtentwicklung

**Lehrgänge
des Deutschen Volksheimstättenwerks
- Landesverband Nordrhein-Westfalen -
in der Zeit von August bis Dezember 1982**

Bek. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung
v. 13. 8. 1982 - I A 4.3.5

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks führt in der Zeit von August bis Dezember 1982 nachstehend genannte Fortbildungslehrgänge durch:

469. Lehrgang**Schwerpunkte des Bundesbaugesetzes**

31. 8. bis 2. 9. 1982 in Schmallenberg-Fredenburg,
Deutsche Landjugend-Akademie

Ministerialrat a. D. Professor Dr. Rudolf Stich
Kaiserslautern, Universität:

Kurzvortrag: Vorgeschichte und Tendenzen des BBauG

Ltd. Stadtrechtsdirektor Karl-Heinz Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung:

Kurzvortrag: Die Bauleitplanung im System der Raumordnung und Landesplanung

Ministerialrat a. D. Professor Dr. Rudolf Stich
Kaiserslautern, Universität:

Der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan - Verfahren und Rechtswirkung

Ltd. Stadtrechtsdirektor Karl-Heinz Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung:

Die städtebauliche Baugenehmigung

Vorsitzender Richter am VG Dr. Paul Stelkens
Köln, Verwaltungsgericht:

Kurzvortrag: Die Zurückstellung von Baugesuchen und die Veränderungssperre

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Dr. Werner Vogel
Bielefeld, Stadtverwaltung:

Kurzvortrag: Die Umlegung und die Enteignung

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Dr. Werner Vogel
Bielefeld, Stadtverwaltung:

Kurzvortrag: Übersicht über das Städtebauförderungsgesetz

Diskussion zu Fragen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Rechtsanwalt Bernhard Boecker, Köln

Vorsitzender Richter am VG Paul Stelkens, Köln

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Dr. Werner Vogel, Bielefeld

470. Lehrgang**Der Stand der Landschaftsplanung und ihre Probleme für Landes-, Fach- und Bauleitplanung**

14. September 1982 in Bad Münstereifel
Städt. Kneipp-Kurhaus

Ministerialrat Bauer

Düsseldorf, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Trägerschaft, Verfahren, Mitwirkung der Gemeinden bei der Landschaftsplanung und ihre Einwirkung auf Landesplanung, Fachplanungen und Bauleitplanung

Ltd. Ministerialrat Dr. Pielow

Düsseldorf, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

7 Jahre Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen - Stand der Ausführung, Schwerpunkte, Zweifelsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Novelle vom 6. 5. 1980

Lehrgang 470a**Der Denkmalschutz in den Gemeinden - Aufgaben und Wege der Durchführung**

15. bis 16. September 1982 in Bad Münstereifel
Städt. Kneipp-Kurhaus

Oberamtsrat Horst-Dieter Schönstein

Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Das Verwaltungsverfahren nach dem Denkmalschutzgesetz - erläutert anhand von praktischen Fällen

Ministerialrat Dr. Hans-Georg Gahlen

Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung

Grundlagen, Ziele und Möglichkeiten des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes

Referent Ernst Giesen

Bonn, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Ergänzende Ausführungen vom Standpunkt der Gemeinden aus

Diskussionsstunde mit den Referenten des Lehrgangs

471. Lehrgang**Wichtige Erschließungsbeitragsfragen des BBauG**

5.-7. Oktober 1982 in Siegen-Weidenau
Bismarckhalle

Ltd. Stadtrechtsdirektor Karl-Heinz Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung:

Kurzvortrag: Bedingungen des Entstehens der Beitragspflicht und Zeitpunkt ihrer Erfüllung

Ltd. Stadtrechtsdirektor Karl-Heinz Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung:

Kurzvortrag: Das Verfahren der Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach der Abgabenordnung 1977 und der Heilung fehlerhafter Beitragsbescheide

Referent Dr. Hans-Peter Kulartz

Düsseldorf, Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund:

Aktuelle Probleme der Beitragserhebung bei besonderen Erschließungsmaßnahmen

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Klausning
Hannover:

Der beitragsfähige Erschließungsaufwand

Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Hans-Joachim Driehaus

Berlin, Bundesverwaltungsgericht:

Kurzvortrag: Die Bedeutung des § 125 BBauG für die Erhebung von Erschließungsbeiträgen und die Heilung von ihm verletzenden Beitragsbescheiden

Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Hans-Joachim Driehaus

Berlin, Bundesverwaltungsgericht:

Kurzvortrag: Die vorzeitige Deckung des Erschließungsaufwands - Vorausleistung und Ablösung

Diskussionsvormittag zu von den Teilnehmern gestellten Fragen

Auf dem Podium:

Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Hans-Joachim Driehaus, Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Klausning, Hannover

Referent Dr. Hans-Peter Kulartz, Düsseldorf

472. Lehrgang

Fragen der Wohngeldbewilligung unter Berücksichtigung der neuen Verwaltungsvorschriften und beabsichtigter Änderungen des Wohngeldgesetzes

19.-20. Oktober in Mülheim/Ruhr
Stadthalle

Ministerialrat Dr. Buchsbaum
Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Kurzvortrag: Die Änderungen der Bundesverwaltungsvorschrift zum Wohngeldgesetz.

Ltd. Ministerialrat Gerhard Heise
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Kurzvortrag: Der aktuelle Stand der Wohngeldgesetzgebung

Oberrechnungsrat Boese
Düsseldorf, Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen:

Kurzvortrag: Stellung, Pflichten und Rechte der Vorprüfstellen der Gemeinden und Schilderung der Schwerpunkte ihrer Tätigkeit

Oberamtsrat Arnold Schwalke
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Besprechung von Zweifelsfragen der Wohngeldbewilligung

Dipl.-Mathematikerin Gollin
Düsseldorf, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik:

Fragen der Datenverarbeitung bei der Wohngeldabrechnung und -auszahlung

Diskussionsnachmittag:

Erörterung von Wohngeldproblemen nach Fragen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Referent Gepp
Düsseldorf, Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund

Städt. Verwaltungsrat Schnüchel
Paderborn, Stadtverwaltung

Oberamtsrat Arnold Schwalke
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung

Lehrgang 472a

Die Vorprüfung durch Stellen außerhalb der Landesverwaltung insbesondere bei Wohngeldbewilligungsbehörden

27. Oktober 1982 in Münster i. W.
Schloßgartenrestaurant

Oberamtsrat Arnold Schwalke
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Einführung in das Wohngeldrecht

Ministerialrat Winkels
Düsseldorf, Landesrechnungshof:

Die Vorprüfung - ihre Ziele und ihr Verfahren

Oberrechnungsrat Boese
Düsseldorf, Landesrechnungshof:

Die Vorprüfung der Wohngeldbewilligungen

473. Lehrgang

Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz NW nach neuester Rechtsprechung

9. November 1982 in Iserlohn
Parktheater, Rittersaal

Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Hans-Joachim Driehaus

Berlin, Bundesverwaltungsgericht:

Die Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz NW in systematischer Darstellung nach neuester Rechtsprechung

Lehrgang 473a

Seminar: Spezialfragen des Straßenbaubeitragsrechts und der Mehrkostenerhebung von Straßenbenutzern

10.-11. November 1982 in Iserlohn
Parktheater, Rittersaal

Referent Dr. Kulartz
Düsseldorf, Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund:

Die richtige Straßenbaubeitragsatzung - erläutert an einer neuen Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NW

Referent Dr. Kulartz
Düsseldorf, Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund:

Die Heilung fehlerhafter Beitragsatzungen unter Berücksichtigung von Fragen ihrer Rückwirkung

Referent Cosson
Düsseldorf, Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund:

Die besonderen Wegebaubeiträge nach § 9 KAG NW und die Erhebung von Mehrkosten für Bau und Unterhaltung bei ungewöhnlicher Beanspruchung nach § 22 Landesstraßengesetz

Diskussion zu schriftlichen und mündlichen Fragen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Rechtsanwältin Dr. Bauernfeind
Düsseldorf

Referent Dr. Kulartz
Düsseldorf

Ltd. Stadtrechtsdirektor Neuhausen
Neuss

474. Lehrgang

Der Brandschutz in der Landesbauordnung und die Beurteilung des Brandverhaltens von Baustoffen und Bauteilen nach DIN 4102, Teil 4

23.-25. November 1982 in Königswinter
Adam-Stegerwald-Haus

Regierungsbaudirektor Heinz-Georg Temme
Düsseldorf, Minister für Landes- und Stadtentwicklung:

Anforderungen an den baulichen Brandschutz nach den Vorschriften der BauO NW und ihren Durchführungsbestimmungen

Regierungsbaudirektor Heinz-Georg Temme
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Sonderfragen des baulichen Brandschutzes nach der BauO NW

Städt. Baudirektor Dipl.-Ing. Heribert Schalk
Leverkusen, Stadtverwaltung:

Der Brandschutz nach der Versammlungsstättenverordnung

Regierungsbaudirektor Arnold Klose
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Regierungsdirektor Dipl.-Ing. Klingelhöfer
Dortmund, Materialprüfungsamt des Landes Nordrhein-Westfalen:

Beurteilung des Brandverhaltens von Baustoffen und Bauteilen nach DIN 4102, Teil 4 nach Prüfzeugnissen, Zulassungen, Prüfzeichen

Regierungsbaudirektor Arnold Klose
Düsseldorf, Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung:

Sonderregelung des baulichen Brandschutzes beim Verschluss von Öffnungen durch Feuerschutztüren und -tore, Kabelabschottungen, Rohrabschottungen und Brandschutzverglasungen

475. Lehrgang

Probleme und Schwierigkeiten der Bauleitplanung

7.-9. Dezember 1982 in Münster i.W.
Schloßgarten-Restaurant

Ltd. Stadtrechtsdirektor Karl-Heinz Neuhausen
Neuss, Stadtverwaltung:

Das materielle Recht der Bauleitplanung und seine akuten Probleme

Städt. Oberrechtsrätin Ursula Beckmann
Köln, Stadtverwaltung:

Das Bauleitplanverfahren und seine praktischen und rechtlichen Probleme

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Dr. Werner Vogel
Bielefeld, Stadtverwaltung:

Normenkontrolle und Inzidentprüfung bei Bebauungsplänen und deren Rechtsfolgen für die Gemeinde und die betroffenen Eigentümer

Ministerialdirigent Dr. Walter Bielenberg
Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Die Baunutzungsverordnung und Planzeichenverordnung als wichtige planungsrechtliche Instrumente der Bauleitplanung und ihre richtige Anwendung

Diskussionsvormittag mit Erörterung von schriftlich und mündlich vorgebrachten Fragen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Ministerialdirigent Dr. Walter Bielenberg, Bonn
Rechtsanwalt Bernhard Boecker, Köln

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Dr. Werner Vogel, Bielefeld

Den Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen wird die Teilnahme an den Veranstaltungen empfohlen.

Anmeldungen sind an den Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks, Burgmauer 51, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 21 36 51, zu richten.

- MBl. NW. 1982 S. 1423.

I.

2135

Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 (FwDV 12/1) „Einsatzleitung - Führungssystem“

RdErl. d. Innenministers v. 4. 8. 1982 -
V B 4 - 4.385 - 112

Aufgrund des § 26 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen (FSHG) vom 25. Februar 1975 (GV. NW. S. 182), geändert durch Gesetz vom 18. September 1979 (GV. NW. S. 552), - SGV. NW. 213 - erlasse ich

die Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 (FwDV 12/1)
„Einsatzleitung - Führungssystem“.

Wegen des Umfangs wird von einem Abdruck im Ministerialblatt abgesehen.

Die Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 kann bei nachstehenden Firmen bezogen werden:

1. Deutscher Gemeindeverlag GmbH
Postfach 40 01 07
5000 Köln 40
2. Albin Klein
Giessener Verlagsdruckerei KG
Südanlage 21
6300 Gießen
3. Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes
Postfach 24 01 25
5300 Bonn 2

Die Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 tritt am 1. September 1982 in Kraft.

- MBl. NW. 1982 S. 1425.

Einzelpreis dieser Nummer 9,50 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 6888/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 6888/241/293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0341-194 X